

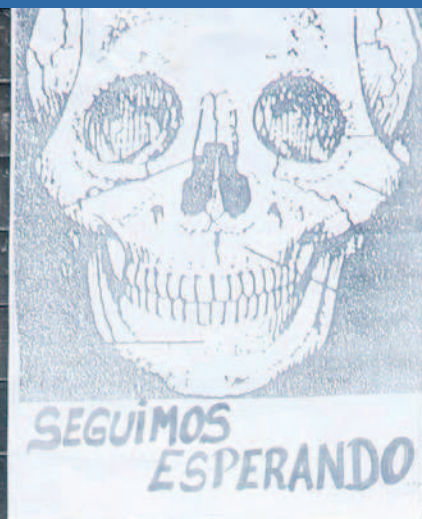
Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 4 / DEZEMBER 2009
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch



«Wer stirbt, stirbt halt»
Die Finanzkrise aus Sicht
der Betroffenen

Bolivians Indígenas kämpfen für
Reformen, die weisse Elite dagegen

Klimawandel und Menschenrechte:
Verträgt sich das?

DOSSIER



FINANZKRISE

Vorher mangelte es an vielem, jetzt oft an allem

Millionen Familien fehlen die Mittel, um sich anständig zu ernähren, medizinisch zu versorgen und die Ausbildung ihrer Kinder sicherzustellen

6

«Wer stirbt, der stirbt halt»

Familie Valdivia, Nicaragua

10

Bauchschmerzen in Zeiten der Krise

Sirina Kano und Antoine Zongo, Burkina Faso

11

Zuerst der Krieg, jetzt die Krise

Familie Selmani, Kosovo

12

Zurück ins Dorf

Giang und Tinh, Vietnam

13

«Die Forderungen treiben sie noch tiefer in die Rezession»

Martin Khor, Direktor des Centre-Sud in Genf, im Interview

14

HORIZONTE



Bolivien's Indígenas: Kämpferisch, ausdauernd, voller Hoffnung

In der östlichen Tieflandmetropole Santa Cruz zeigt sich die Spaltung Boliviens am deutlichsten

16

Im Stau zwischen Protesten und Folkstänzen

Carlos Florencio Colque Mayta über das tägliche Verkehrschaos in La Paz

20

DEZA

Genial sein genügt nicht

Martin Dahinden, Direktor der DEZA, über Voraussetzungen, damit Entwicklung funktioniert

21

Gesundheit und Selbstbestimmung im Intimbereich

Pionierarbeit bei Tabuthemen rund um die reproduktive Gesundheit

22

Mehr Geld und Zeit ohne Käse

Eine Zusammenarbeit mit Vorbildcharakter hilft Bauernfamilien in Armenien

24

FORUM



Die Menschenrechte unter der Knute des Klimawandels

Die Völkerrechtlerin Christine Kaufmann fordert eine neue Definition des Flüchtlingsbegriffs

26

Endlich zuhause

Der südafrikanische Schriftsteller Zakes Mda über ein unnatürliches Phänomen

29

KULTUR



Zwei Welten, kaum Kommunikation

Interview mit der peruanische Regisseurin Claudia Llosa

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich sind... Menschenrechte?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

«Man muss ihm bloss zu essen geben, dann verschwinden sie»

Die Finanzkrise zeigt Wirkung: Im Januar 2010 verlieren über 1240 der bisher 4232 Angestellten ihren Job, weil Ministerien und Verwaltung ihre Ausgaben drastisch reduzieren müssen. Aus dem gleichen Grund wird die Anzahl der staatlichen Agenturen halbiert. Löhne im öffentlichen Sektor, wie auch das Eltern- und Mutterchaftsgeld, sollen um bis zu 50 Prozent, die Renten um zehn Prozent gekürzt werden. Vielen Spitälern und Schulen droht die Schliessung.

Zahlen und Fakten, nicht aus einem Entwicklungsland, sondern aus Lettland, das seit 2004 der EU angehört. Die Krise trifft den hoffnungsvollen Senkrechtstarter im Baltikum hart und wirft die Entwicklung des Landes zurück.

Trotzdem: In Lettland muss niemand Hunger leiden, die medizinische Versorgung ist gewährleistet, alle können eine Schule besuchen.

Ganz anders in den meisten Entwicklungsländern, wo sich für viele Menschen der Kampf ums tägliche Brot weiter verschärft hat und der Traum von Schulbildung und Gesundheitsversorgung in noch weitere Ferne gerückt ist. Weil nämlich die Wirtschaft auch in diesen Ländern schrumpft: Rohstoffpreise zerfallen, Importe und Exporte brechen ein, die Rücküberweisungen ausgewanderter Familienangehöriger bleiben aus – während sich gleichzeitig die Nahrungsmittelpreise vervielfachen.

So dramatisch dies alles klingt, es bleibt doch irgendwie abstrakt. Fassbar und hautnah wird die Krise erst, wenn man den direkt Betroffenen vor Ort eine Stimme gibt, wie das *Eine Welt* in dieser Nummer tut: Sirina Kano in Burkina Faso sorgt mit dem Verkauf von Hir-

sebrei für den Unterhalt ihrer Familie – sie selber jedoch hat oft tagelang nichts zu essen. Und Antoine Zongo, der sich längst nicht mehr wundert, wenn eines der Kinder über Bauchschmerzen klagt, sagt: «Man muss ihm bloss zu essen geben, dann verschwinden sie.» Die Fabrikarbeiterinnen Giang und Tinh in Vietnam, die wie 9000 ihrer Kolleginnen und Kollegen den Job verloren haben, stellen fest: «Das Geld reicht nicht mehr zum Leben.» Und Juan Valdivia in Nicaragua mag nicht einmal mehr klagen – er meint schlicht: «Wer lebt, lebt. Und wer stirbt, stirbt halt!» Lesen Sie unser Dossier zur Finanzkrise ab Seite 6.

Das lateinamerikanische Kino feiert seit einigen Jahren riesige Erfolge. Kaum je setzt sich jedoch ein Film mit Themen der Ureinwohner auseinander. Nicht so bei der Peruanerin Claudia Llosa. Ihr Film «La Teta asustada» über die Vorstellungswelt der Andenbevölkerung gewann dieses Jahr an der Berlinale den Goldenen Bären. Die Geschichte erzählt von einer mysteriösen, ansteckenden Krankheit, die kulturübergreifend von Bedeutung und von tiefgreifender Tragweite ist. «Mich interessiert die Vorstellung,», sagt Claudia Llosa im Interview (ab S. 30), «dass sich Krieg wie eine Krankheit überträgt.»

Die Redaktion



Thierry Dudot/Express/REA/Maf

Gefährlicher Elektronikschrott

(bf) Die IT-Branche rechnet damit, dass jährlich 69 Millionen gebrauchte Computer aus Industrie- in Entwicklungsländer exportiert werden – viele davon illegal. Bereits heute müssen in letzteren rund 20 Millionen Second-Hand-Computer pro Jahr entsorgt werden. Aufgrund der mangelhaften Entsorgungspraktiken droht einerseits ein massiver Ressourcenverlust, andererseits belasten unsachgemäss gelagerte toxische Stoffe die Gesundheit von Mensch und Umwelt. Werden moderne Wiederverwertungsverfahren genutzt, können Leiterplatten und andere Komponenten mit wertvollen Edelmetallen (Gold, Silber oder Palladium) und Sondermetallen (Zinn, Indium und Antimon) effizient recycelt werden. Die Wiedergewinnungsquote liegt bei Edelmetallen bei über 95 Prozent. In Entwicklungsländern hingegen fehlt oft die entsprechende Technologie: Die Ausbeute liegt im Falle von Gold bei unter 25 Prozent, bei Silber oder Palladium ist sie noch geringer und Sondermetalle gehen meist gänzlich verloren. Nun fordern führende Branchenunternehmen ein globales Recyclingkonzept, welches die strenge Einhaltung geltender Gesetze respektiert.

www.preciousmetals.umicore.com

Schneller am Ziel

(jls) Mehrere afrikanische Länder haben in den letzten Jahren Massnahmen zur Förderung des Unternehmertums getroffen. Eine davon besteht darin, Einheitsschalter zu eröffnen – also ein einziger Zugang zu allen bei der Unternehmensgründung relevanten Behörden. Während man früher von einer Stelle zur andern weitergereicht wurde und die Formalitäten Monate in Anspruch nehmen konnten, hat der *Guichet Unique* das Vorgehen wesentlich erleichtert. In Senegal ist die zur Gründung eines Unternehmens benötigte Zeit von 58 auf 8 Tage zurückgegangen, in der Zentralafrikanischen Republik von einst bis zu einem Jahr auf bloss noch sieben Tage. In Mali sollen Unternehmer an einem im Mai eröffneten Einheitsschalter alle Formalitäten innert 72 Stunden erledigen können. Angola, Burkina Faso, Lesotho und Sambia haben die

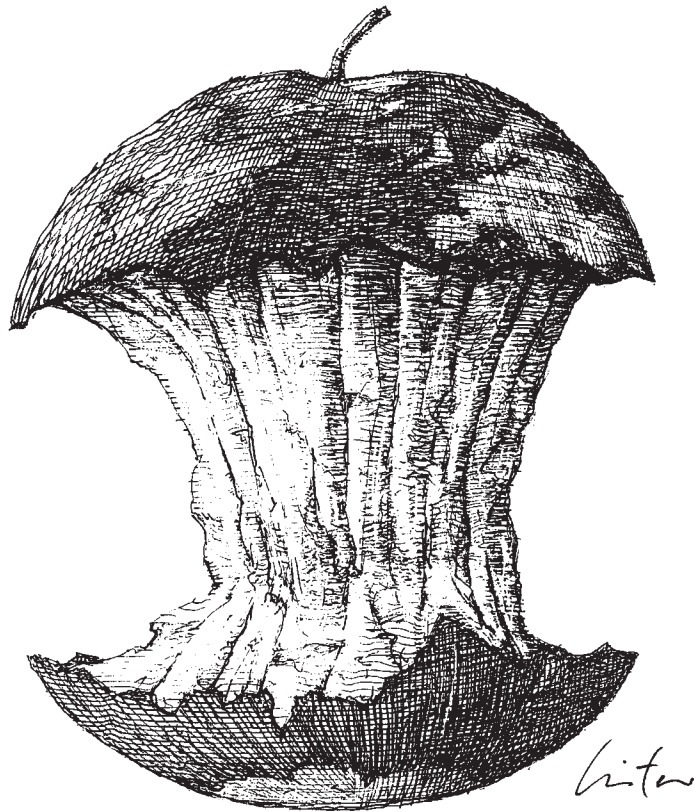
Eintragung von Gesellschaften ebenfalls auf diese Weise vereinfacht. Auch der Staat hat etwas davon, denn viele der neuen Unternehmen stammen aus dem informellen Sektor. Sind sie erst einmal registriert, können sie sich der Besteuerung nicht mehr entziehen, was die Steuereinnahmen erhöht.

Filme statt Workshops

(gn) In Benin zeigt das Afrikanische Reis-Zentrum Warda mit grossem Erfolg Filmvorführungen: 72 Prozent der Bäuerinnen und Bauern, die ein Video über verbesserte Methoden für das Vorkochen von Reis gesehen hatten, nutzen die neue Technik in ihrem Alltag. Von jenen, die einen konventionellen Workshop besucht hatten, sind es nicht einmal 20 Prozent. Gemäss Paul Van Mele, Leiter der Vergleichsstudie, demokratisieren die Filme den Zugang zu Know-how, weil alle – insbesondere auch Frauen – an den Vorführungen teilnehmen können, während bei Workshops oft nur die Dorfeliten anwesend seien. Zudem wird die Technik im Film von einer Bäuerin so erklärt, dass Interessierte das Gezeigte ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten anpassen können. So bastelten 67 Prozent der Bäuerinnen, welche sich die erforderlichen Geräte nicht leisten konnten, ihre eigene Ausrüstung. Nun soll der Reiskoch-Film den ganzen Kontinent erobern: Das



Nana Grosse-Woodley/taf



Das Paradies

Video wurde in 20 afrikanische Sprachen übersetzt, weitere Lernfilme sind geplant.

www.warda.org

Eisenhaltiger Reis aus Zürich

(bf) Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO leiden rund zwei Milliarden Menschen an Eisenmangel. Besonders davon betroffen sind Frauen und Kinder in Entwicklungsländern, die sich hauptsächlich von Reis ernähren.

Nun ist es Wissenschaftlern der ETH Zürich gelungen, den Eisengehalt in polierten Reiskörnern auf das Sechsfache zu steigern, indem sie zwei pflanzliche Gene in eine bestehende Reissorte übertrugen. Der ETH-Professor Wilhelm Gruissem sieht keine Gefahr, dass sich die genveränderten Pflanzen negativ auf ihre Umwelt auswirken könnten. Dass die Reispflanzen durch die verbesserte Eisenaufnahme etwa

den Boden auslaugen, ist für den Wissenschaftler unwahrscheinlich, denn Eisen ist das häufigste metallische Element im Boden. Bis der eisenhaltige Reis allerdings angebaut werden kann, müssen die Forscher im Gewächshaus und im freien Feld noch Untersuchungen zur Biosicherheit sowie agronomische Tests durchführen. Das Ziel der ETH-Forscher ist, Kleinbauern und Selbstversorgern den genetisch veränderten Reis dereinst kostenlos zur Verfügung zu stellen.

www.ethz.ch

Diagnose aus der Ferne

(bf) Wissenschaftler der University of California haben ein Fluoreszenzmikroskop als Zusatzgerät für Handys entwickelt, das detaillierte Bilder erstellen und sie für die Diagnose von Krankheiten wie Tuberkulose analysieren kann. Normalerweise kommen solche

Mikroskope in Spitälern und Labors zum Einsatz, sind sperrig und teuer. Das neuentwickelte Gerät CellScope besteht aus einem Standardhandy mit einer 3,2-Megapixel-Kamera und einem aufsteckbaren Zusatzgerät mit den Mikroskop-Optiken sowie einer Halterung für die Blutproben. Den Wissenschaftlern gelang es, damit Tuberkulose-Bakterien in einer Probe zu identifizieren. Weitere Moleküle zur Markierung werden derzeit

für die Diagnose anderer Krankheiten entwickelt. Das Gerät soll einst in den Entwicklungsländern eingesetzt werden, wo Diagnosemöglichkeiten selten sind, viele Menschen aber Handys besitzen und vielerorts der Empfang gut ist. Mit einem batteriebetriebenen, mobilen System entsteht so eine transportable Klinik – der behandelnde Arzt kann die Proben sehen, ohne vor Ort sein zu müssen. <http://berkeley.edu/>





Wegen fehlender Nachfrage und Kurszerfall entliess die Bergbauindustrie seit Beginn der Finanzkrise in der Demokratischen Republik Kongo 300 000 Arbeiter

Vorher mangelte es an vielem, jetzt oft an allem

Die weltweite Rezession trifft die Entwicklungsländer mit voller Wucht. Die meisten ausländischen Finanzquellen sind versiegt. Die Folge davon sind massive Arbeitsplatzverluste und noch mehr Armut. Millionen Familien fehlen die Mittel, um sich anständig zu ernähren, medizinisch zu versorgen und die Ausbildung ihrer Kinder sicherzustellen. Von Jane-Lise Schneeberger.

Das Platzen der Spekulationsblase im Westen hat eine Finanzkrise ausgelöst, welche sich innert weniger Monate über den ganzen Erdball ausgebreitet hat. Zuerst schüttelte die Schockwelle die Schwellen- und die Transitionsländer durch, die eng mit dem weltweiten Finanzsystem verzahnt sind. Später wurde sie auch in den ärmsten Regionen der Welt spürbar, obschon diese von den Finanzmärkten ausgeschlossen sind – so etwa in Afrika südlich der Sahara.

Lawinenartige Entlassungen

Übertragen wurde die Krise zunächst, weil die privaten Kapitalströme in Richtung Entwick-

lungsländer versiegt. Ab Herbst 2008 richteten die international tätigen Banken praktisch keine neuen Kredite mehr aus und erneuerten auch bestehende nicht mehr. Der Liquiditätsengpass stellte sowohl den privaten wie auch den öffentlichen Sektor vor schwere Finanzierungsprobleme. Ausserdem brachen die ausländischen Direktinvestitionen ein: Die multinationalen Unternehmen führten das in Entwicklungsländer investierte Kapital zurück und schoben grosse Industrieprojekte auf.

Auch über den Handel verbreitete sich die Krise: Im Westen sank die Nachfrage nach Fabrikware und Rohstoffen, was die Exporte der Entwick-



Wie in Haiti fehlen in vielen Entwicklungsländern die Einnahmen, um dringendst notwendige Infrastrukturprojekte wie Trinkwasserversorgung oder den Bau von Schulen zu finanzieren

lungsländer schrumpfen liess. In Asien mussten tausende Fabriken schliessen, die für die USA und Europa Textilien oder Elektronikprodukte produzierten. Allein in China verloren 20 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Stelle.

Afrika und Lateinamerika waren besonders vom Kurszerfall der Erze betroffen, die sie in grossen Mengen exportieren. Kupfer-, Kobalt-, Diamanten und andere Minen mussten schliessen oder ihre Produktion zurückfahren. In der Demokratischen Republik Kongo hat die Bergbauindustrie 300 000 Arbeiter entlassen. Die Flaute hat aber auch die landwirtschaftliche Produktion erreicht: Fehlende Bestellungen lähmen unter anderem den Export von Gummi, Holz, Baumwolle, Blumen, Kaffee.

Nachlassende Unterstützung durch Migranten

Ein dritter Grund für die Verbreitung der Krise ist der Rückgang der von Arbeitsmigranten nach Hause geschickten Gelder. Unzählige Familien in der ganzen Welt überleben nur dank regelmässiger Überweisungen ihrer im Ausland lebenden Angehörigen. Auch die Emigranten selbst gehören jedoch zu den Opfern der Rezession. Manche verlieren ihre Stelle, andere verdienen weniger als zuvor, was sich auf das Transaktionsvolumen auswirkt.

Besonders schwer wiegt dies für kleine arme Länder wie Tadschikistan oder Moldawien, deren Wirtschaft stark von solchen Überweisungen ab-

hängig ist. Ausserdem sind viele Migrantinnen und Migranten gezwungen, in ihre Heimat zurückzukehren. So schickten die Erdölmonarchien am Golf Zehntausende der asiatischen Arbeiter nach Hause, die sie für ihr Baugewerbe rekrutiert hatten.

Viele essen nur noch einmal am Tag

Die Auswirkungen der Rezession sind je nach Region unterschiedlich. Manche Länder wie China konnten den Schock dank bedeutender Devisenreserven auffangen, andere dagegen haben nicht den geringsten finanziellen Spielraum. «Die ärmsten Länder, insbesondere in Afrika, sind den Krisen praktisch schutzlos ausgeliefert. Die Schwankungen der Wirtschaft schlagen direkt auf die Bevölkerung durch, deren Einkommen schon im Normalfall nur knapp das Existenzminimum erreicht», stellt Martin Fässler, Leiter des DEZA-Direktionsstabs, fest.

Weil es in diesen Ländern keine Arbeitslosenversicherung gibt, ziehen die Einkommensverschlechterungen schmerzhaft Einschränkungen nach sich. Arme Haushalte reduzieren ihren Lebensmittelkonsum, sowohl mengen- als auch qualitätsmässig. Viele essen nur noch einmal am Tag. Sie verzichten auf medizinische Hilfe oder gehen zu Heilern, die billiger sind als Ärzte.

Nimmt die Armut zu, sind die Kinder die ersten Opfer. Viele Eltern nehmen ihre Kinder aus der Schule, weil sie die Schulgebühren nicht bezahlen

Ausgebremste Entwicklungsziele

Die Wirtschaftskrise untergräbt im Verbund mit der Ernährungskrise die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Dabei wählte man sich auf bestem Weg, dem ersten der Ziele, der Halbierung von Armut und Hunger in der Welt bis 2015, näher zu rücken. Die Anzahl Menschen in extremer Armut war von 1,8 Milliarden im Jahr 1990 auf 1,4 Milliarden im Jahr 2005 gesunken. 2008 stieg sie aufgrund der höheren Lebensmittel- und Erdölpreise um 200 Millionen an. Dieses Jahr dürften weitere 55 bis 90 Millionen aufgrund der Finanzkrise neu dazukommen. Auch beim Hunger hat sich das Blatt gewendet. 2009 wird die Zahl chronisch hungernder Menschen wohl zum ersten Mal die Milliarden-Grenze überschreiten.

Mongolische Steppen in der Krise

Die DEZA hat ihre Aktivitäten Land für Land überprüft, um sie allenfalls der von der Finanzkrise ausgelösten Situation anzupassen. Ein Beispiel dafür ist das Green-Gold-Projekt in der Mongolei. Damit sollen Weideschäden eingedämmt und die Lebensbedingungen der Hirten verbessert werden. Bisher wurde auf technische Lösungen und kollektive Bewirtschaftung des «Grünen Goldes» gesetzt. Die Krise hat der Mongolei allerdings hart zugesetzt: Die Hirten sind weiter verarmt, seit der Preis für die aus dem Unterfell ihrer Ziegen gewonnene Kaschmirwolle auf dem internationalen Markt zerfallen ist. Viehzucht bleibt dennoch die einzige Möglichkeit, ein wenig Geld zu verdienen, weil die anderen Wirtschaftssektoren unter rückgängigen Investitionen aus dem Ausland leiden. Viele Arbeitslose kommen darauf zurück, so dass die Überweidung noch zunimmt. Das Projekt wird deshalb mit einem weiteren wirtschaftlichen Aspekt ergänzt: Es unterstützt die Viehzüchter darin, die Produktivität zu erhöhen, ihre Produkte zu vertreiben und neue Einkommensquellen zu erschliessen.



Paul Hahn/veif

können. Diese müssen oft arbeiten und finden kaum je in ein Klassenzimmer zurück. Sollte die Krise anhalten, rechnet man damit, dass 200 000 bis 400 000 Säuglinge pro Jahr zusätzlich sterben. Zahlreiche Kinder werden Zeit ihres Lebens an den Folgen der Mangelerkrankung leiden, die irreversible körperliche und geistige Schäden verursachen kann.

Überlebenskünstlerinnen

Das englische Institute of Development Studies (IDS) hat in fünf Ländern untersucht, wie arme Bevölkerungsschichten mit der Finanz- und mit der Ernährungs- und Gesundheitskrise umgehen. Die dabei gemachten Beobachtungen bestätigen, dass viele Haushalte aller Anstrengungen zum Trotz nicht genügend Mittel aufbringen.

Die Studie zeigt auch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Krisen auf. So ist es in einem kenianischen Dorf vermehrt üblich geworden, dass die Männer Frauen und Kinder verlassen, um in der Stadt Arbeit zu suchen. In Bangladesch laufen die Alten Gefahr, von ihrer Familie vernachlässigt zu werden. Verschiedentlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass häusliche Gewalt, Jugendkriminalität oder soziale Spannungen zunehmen.

Das IDS unterstreicht jedoch auch, wie schnell die Armen, und insbesondere die Frauen, sich zu helfen wissen, um zu überleben: Sie arbeiten härter als zuvor bei weniger Lohn, und oft sind sie bereit,

eine erniedrigende, gesundheitsgefährdende oder illegale Arbeit anzunehmen. Viele Menschen sind gezwungen, bei Verwandten oder gegen Wucherzinsen bei informellen Verleihern Schulden zu machen. Zuletzt verkaufen die Familien ihr Hab und Gut: Ein Stück Land, einige Hühner, Ziegen oder Werkzeuge.

Nothilfe für die Ärmsten

Vierorts tun die Behörden vor Ort alles in ihrer Macht stehende, um die notleidende Bevölkerung zu unterstützen. Soziale Auffangnetze werden eingerichtet und dringliche Massnahmen wie die Gratisverteilung von Nahrungsmitteln an die Ärmsten getroffen. Allerdings haben ihnen der markante Exportrückgang und die wirtschaftliche Abkühlung einen Grossteil der Steuereinnahmen entzogen.

Zahlreiche Staaten können Staatsaufgaben nicht mehr nachkommen – beispielsweise dem Bau von Schulen und Spitälern, der Aidsbekämpfung oder der Trinkwasserversorgung. «Gesellschaftsrelevante Investitionen aufrechtzuerhalten, bleibt jedoch nicht nur zur Armutsbekämpfung lebenswichtig – damit werden auch günstige Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Belebung geschaffen. Die armen Länder werden sich nach der Krise nur sehr schwer erholen, wenn sie jetzt die Finanzierung solcher Programme einstellen», befürchtet Martin Fässler.



Die Finanzkrise hat vielfältige Auswirkungen: Eine noch dürrtigere Gesundheitsversorgung (Kenia), ein noch härterer Kampf um tägliche Nahrung (Äthiopien) oder Millionen von Arbeitslosen (China)



Den einen leihen, den andern geben

In der gegenwärtigen Situation ist deshalb internationale Hilfe notwendiger denn je. UNO-Agenturen und bilaterale Geldgeber haben ihre Programme bereits angepasst, um die Auswirkungen der Krise abzufedern. Die internationalen Finanzinstitutionen ihrerseits haben das Volumen ihrer Darlehen und Zuwendungen an notleidende Staaten erhöht.

Wichtig sei aber, sagt Olivier Chave, Abteilungsleiter Globale Institutionen der DEZA, dass das verwendete Mittel nicht schlimmer sei als das Übel, das es bekämpfen soll: «Wenn sehr arme Länder Geld zu Marktzinsen aufnehmen, laufen sie Gefahr, in einer Schuldenfalle zu landen, der sie während Jahrzehnten kaum mehr entkommen werden. In solchen Fällen sollte der Liquiditätsbe-

darf eher mit Spenden oder zinslosen Darlehen gedeckt werden.»

Die Entwicklungsbanken verfügen zu diesem Zweck über Sonderfonds, deren beschleunigte Ausschüttung gerade vorbereitet wird. «Die Geldgeber sind mit dem Vorgehen einverstanden, lassen aber auch eine gewisse Beunruhigung durchblicken», stellt Olivier Chave fest. «Mit dem Schwinden der Reserven nähert sich auch der Tag, an dem die Fonds wieder aufgestockt werden müssen.» Dabei sind die Entwicklungshilfebudgets alles andere als gesichert. Manche Industrieländer könnten ihr Engagement reduzieren, so wie sie es bereits bei früheren Krisen getan hatten. ■

(Aus dem Französischen)

Acht Jahre Krise

Die weltweite Rezession hat eine tiefe Arbeitsmarktkrise ausgelöst. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht in ihrem Worst-Case-Szenario für 2009 von der Rekordzahl von 239 Millionen Arbeitslosen weltweit aus. Das bedeutet, dass zur 2007 erhobenen Zahl fast 59 Millionen Arbeitslose dazukommen. Davon leben über 41 Millionen in Entwicklungs- oder Transitionsländern. Die Arbeitsmarktkrise dürfte acht Jahre dauern. Laut ILO steigt die Arbeitslosigkeit bis 2011. Auch wenn das Wachstum erneut anzieht, entstehen neue Arbeitsplätze erst nach vier bis fünf Jahren. Gemäss ILO stellt eine so lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit eine Bedrohung für die internationale politische und gesellschaftliche Stabilität dar.

«Wer stirbt, der stirbt halt»

Die Familie Valdivia lebt in einem Armenviertel der nicaraguanischen Hauptstadt Managua und ist es längst gewohnt, ums wirtschaftliche Überleben zu kämpfen. Doch seit dem Ausbruch der weltweiten Krise wird alles von Tag zu Tag schlimmer. Text und Bild von Sandro Benini*.



Hofe Inflation trifft Arme

Nicaragua ist nach Honduras und Bolivien das drittärmste Land Lateinamerikas. Laut der UNO-Organisation Cepal (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) leben 62 Prozent der 5,8 Millionen Einwohner in Armut, jeder Dritte ist von extremer Armut betroffen. 30 Prozent der Kinder leiden an chronischer und 9 Prozent an schwerer Unterernährung. Die Analphabetenrate beträgt knapp 20 Prozent. Zwar ist Nicaragua von der ökonomischen Krise weniger stark betroffen als seine Nachbarländer. So soll die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 1 Prozent sinken, während etwa in Costa Rica mit einem Schwund um 3 und in Honduras um 2,5 Prozent zu rechnen ist. 2008 betrug die Inflation allerdings fast 14 Prozent, was vor allem die Situation der Armen verschlimmert hat.

Das kleine Zementhaus der Valdivias ist umgeben vom üblichen Elend Lateinamerikas: Unasphaltierte Strassen, spielende Kinder in abgerissenen Shorts, streunende Hunde, herumliegende Autoreifen. Der Boden der zwei durch einen Bretterverschlag abgetrennten Zimmer ist schlammig, die Eltern schlafen in einem schmalen Bett, ihre beiden Töchter auf Klappliegen, die vier Enkel auf einer Matratze.

Bis vor kurzem hat der Vater Juan Valdivia das Privathaus eines spanischen Architekten bewacht, für umgerechnet 100 Franken im Monat. Doch als die Baufirma seines Arbeitgebers wegen der Krise in Konkurs ging und dieser nach Europa zurückkehrte, verlor Valdivia seine Stelle. «Seither arbeite ich ab und zu als Maurer. Aber dass ich wieder etwas Festes finde, ist wohl ausgeschlossen», sagt der 57-Jährige. In seiner Stimme ist die Hoffnung endgültig der Resignation gewichen.

Reis kostet dreimal mehr als vorher

Die beiden Töchter der Familie, die 25jährige Carolina und die zwei Jahre jüngere Maria, haben je zwei Kinder, deren Väter sich aus dem Staub gemacht haben und keinen Rappen Unterhalt bezahlen. Carolina steht täglich um vier Uhr auf, um

in einem Nachbarviertel Tortillas zu verkaufen. Maria arbeitet als Hausangestellte bei einer Mittelstandsfamilie. Ihr Arbeitsweg beträgt eineinhalb Stunden zu Fuss, ihr Monatslohn umgerechnet 80 Franken. Die Mutter Nicolasa bereitet im Morgenrauen die Tortillas zu, die ihre Tochter später verkaufen wird. Danach betreut sie die Enkel.

So kommt zwar Monat für Monat etwas Geld zusammen. «Hunger leiden wir nicht, aber es wird alles immer teurer», sagt Nicolasa. «Vor der Krise kostete das Pfund Reis dreimal weniger als heute. Wir geraten ständig in grössere Schwierigkeiten.» Angesichts ihrer düsteren Zukunft denkt Nicolasa häufig an die Vergangenheit, von der neben dem Eingang ein Foto zeugt. Darauf ist sie als junge Frau in Militäruniform zu sehen. Genau wie ihr Ehemann kämpfte Nicolasa in den 1970er Jahren bei der sandinistischen Guerilla gegen den Diktator Anastasio Somoza. Dass der Sandinistenführer Daniel Ortega heute Staatspräsident ist und ihre Familie trotzdem keine Unterstützung erhält, tut sie mit einem Achselzucken ab. Und Juan Valdivia sagt: «Wer lebt, lebt. Und wer stirbt, der stirbt halt.»■

*Sandro Benini ist Mittelamerika-Korrespondent für den Tages Anzeiger. Er lebt in Mexiko.

Bauchschmerzen in Zeiten der Krise

In zwei Städten Burkina Fasos läuft eine humanitäre Operation von noch nie dagewesenem Ausmass, um die von der Lebensmittelkrise am meisten betroffenen Haushalte zu unterstützen. Sie ist auf Menschen wie die siebenfache Mutter Sirina Kano oder den pensionierten Spengler Antoine Zongo ausgerichtet. Text und Bild von Souleymane Ouattara*.



Am Eingang zur Grundschule von Bogodogo, einem Stadtkreis von Ouagadougou, hat sich eine Menschentraube gebildet. Die Ersten tauchten schon im Morgengrauen auf. Nur ein paar Meter noch bis zu ihrem Ziel: Ein Beamter, ein Tisch, und darauf ein Register. Auch die 45-jährige Sirina Kano hält ihre Karte hin, worauf ihr der Beamte Einkaufsgutscheine im Wert von 9000 Francs CFA (rund 21 Franken) aushändigt. Damit kann sie sich bei Vertragshändlern drei Liter Öl, Mais, Suppenwürfel, Seife und Salz kaufen.

Die vom Welternährungsprogramm (WFP) lancierte Lebensmittelmarken-Verteilaktion läuft von Januar bis Dezember 2009 in Ouagadougou und Bobo-Dioulasso, den beiden grossen Städten von Burkina Faso. Unterstützt werden damit die vom lokalen Roten Kreuz ermittelten 30000 ärmsten Haushalte. «Unsere Beobachtungen zeigten ganz klar, dass sich viele Familien in einer äusserst prekären Lage befinden und Nothilfe angezeigt war», erklärt WFP-Projektleiter Ali Ouattara.

Den Hunger bekämpfen

Sirina Kanos Ehemann ist Schneider, doch seine Einkünfte reichen nirgends hin. Seitdem sich die Krise verschärft hat, begnügen sich seine mittello-

sen Kunden mit Altkleidern aus Europa. Was er noch verdient, deckt gerade die Beiträge des Elternvereins und die Ausgaben für die Schuluniform der Kinder ab. «Die älteren gehen in die öffentliche Schule, die ist gratis. Anders könnten sie ihren Schulabschluss gar nicht machen», ergänzt Frau Kano. Ausbildung und Erziehung leiden am meisten unter der Wirtschaftskrise.

Mit seiner Rente von umgerechnet 46 Franken betrachtet sich der 62-jährige Rentner Antoine Zongo als privilegiert. Seine Kinder aber müssen Abendkurse besuchen, wenn sie ihre Ausbildung abschliessen wollen.

Der härteste Kampf der armen Familien ist jedoch derjenige gegen den Hunger. Antoine Zongo ist nicht mehr überrascht, wenn sich eines seiner Kinder über Bauchschmerzen beklagt. «Man muss ihm bloss zu essen geben, dann verschwinden sie», sagt er. Sirina Kano, die sich ihr Leben mit dem Verkauf von Hirsebrei verdient, hat selbst manchmal drei Tage lang nichts zu essen. ■

**Souleymane Ouattara ist Journalist und BurkinaFaso-Korrespondent der afrikanischen Presseagentur Syfia Info.*

(Aus dem Französischen)

Bauern verdienen noch weniger

Erst die Ernährungs-, dann die Finanzkrise haben Burkina Faso schwer getroffen. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. In mehreren grossen Städten kam es Anfang 2008 zu Protestkundgebungen gegen die Preisexplosion bei den Grundnahrungsmitteln. Mit 10,7 Prozent erreichte die Inflation 2009 einen Rekordwert. Die Auswirkungen der weltweiten Rezession zeigten sich ab Ende 2008: Der Zerfall der Preise auf den internationalen Märkten zog einen Rückgang der Baumwollexporte um 45 Prozent nach sich, und dies wiederum hatte Konsequenzen für die einheimischen Baumwollproduzenten – die Einkommen der Bauern fielen ins Bodenlose. Die Armutsrate im Land erhöhte sich von 42,6 Prozent (2007) auf 43,5 Prozent (2008.) Ebenso wie das Nationaleinkommen schrumpfte, vergrösserte sich die Staatsverschuldung. 2009 dürfte das Wirtschaftswachstum von Burkina Faso mit 3,5 Prozent (2008: 4,5%) auf den niedrigsten Wert seit 2000 sinken.

Zuerst der Krieg, jetzt die Krise

Als 1999 der Krieg ausbrach, ihr Haus in Brand gesetzt wurde und das Vieh in den Wäldern verschwand, musste die Familie Selmani flüchten. Seit da kämpft Dinore Selmani in Kosovo um das tägliche Brot. Seit kurzem bleiben gar die Überweisungen aus der Schweiz aus. Text und Bild von Enver Robelli*.

Kein Kollaps dank Diaspora

Kosovo ist der jüngste Staat der Welt und möglicherweise der am meisten von der Aussenwelt isolierte. Wer nach Westeuropa reisen will, braucht ein Visum. Seit dem Zerfall Jugoslawiens können die Kosovo-Albaner nicht mehr legal emigrieren und in den westeuropäischen Ländern nach Arbeit suchen. Vor allem in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich lebt eine starke kosovo-albanische Diaspora, die mit ihren Überweisungen das kleine Balkanland vor dem finanziellen Kollaps bewahrt. Jährlich schicken die Diaspora-Albaner über eine halbe Milliarde Euro an ihre Familien in Kosovo. Nach Schätzungen der Zentralbank in Pristina gehen die Überweisungen aus dem Ausland seit dem Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise zurück. Ausländische Wirtschaftsexperten warnen, die Krise könnte das Zwei-Millionen-Land in den nächsten Monaten hart treffen. Einheimische Beobachter erwarten sogar soziale Unruhen, sollte die Regierung nicht die massive Korruption bekämpfen und für ein besseres Umfeld für ausländische Investoren sorgen.



Die Familie von Dinore Selmani lebt immer noch auf dem Land, in einem Dorf am Rande der Hauptstadt Pristina. Eine Rückkehr nach Gradica, so heisst das Heimatdorf in Drenica, kommt für sie nicht mehr in Frage. Dort haben sie alles verloren. Dort bauen sie manchmal Gemüse an, besuchen die Verwandten und kehren zurück in die Peripherie von Pristina, in eine Art kosovarische Favela für arme Bauernfamilien. Fünf Kinder muss das Ehepaar Selmani ernähren. Dafür sollen monatlich 60 Euro Sozialhilfe ausreichen, die der junge Staat Kosovo an die Familie zuschiesst. Dinore Selmani kann darüber nur bitter lachen. Natürlich kann sie mit diesem Beitrag nicht einmal für eine Woche Nahrung kaufen.

Importierte Lebensmittel trotz brach liegender Felder

Bis vor kurzem hat die Familie Selmani monatlich 100 Euro von einem Kosovo-Albaner erhalten. Der Mann lebt in der Schweiz. Er hat freiwillig gespendet, nachdem das Fernsehen auf das Schicksal der Landfamilien aufmerksam gemacht hatte. Häufig schickte er auch Pakete mit Kleidern, manchmal spendete er zusätzlich 150 Euro. Nun aber

bleibt das Geld aus. Die Mutter Dinore Selmani sagt, sie habe gehört, der Mann habe seine Arbeitsstelle in der Schweiz verloren. Im Fernsehen hat sie in letzter Zeit viel über die weltweite Wirtschaftskrise gehört.

Sie hofft, dass ihr Mann eine Arbeitsstelle als Handwerker findet. «Am besten wäre es, wenn der Staat die Bauern unterstützen würde», meint die fünfjährige Mutter. In Kosovo werden fast alle Lebensmittel aus den benachbarten Ländern importiert, die Felder liegen meistens brach. Erst kürzlich hat die Regierung versprochen, sie wolle die Landwirte subventionieren.

Dinore Selmani muss also weiterhin um das tägliche Brot kämpfen. Bald beginnt das Schuljahr. Woher das Geld für das Schulmaterial kommen soll, weiss die Bauernfamilie noch nicht. Aber vielleicht findet der nette Kosovo-Albaner in der Schweiz doch eine Stelle. Dann hätten die Selmanis weniger Sorgen. ■

**Enver Robelli ist Südosteuropa-Korrespondent des Tages Anzeiger und der Süddeutschen Zeitung*

Zurück ins Dorf

Die beiden vietnamesischen Fabrikarbeiterinnen Giang und Tinh wurden wegen der Wirtschaftskrise unfreiwillig zu Teilzeitkräften – und verdienen zu wenig, um sich das Nötigste für den Lebensunterhalt in der Stadt zu kaufen. Mit einer Berufsschul-Ausbildung erhoffen sich die beiden nun eine sicherere Zukunft. Text und Bild von Anemi Wick*.

Das Stadtleben hätten sie sich anders vorgestellt, sagen Giang und Tinh. Einfacher. Die jungen Frauen kommen aus Tan Phu, einem Bauerndorf rund 40 Kilometer nördlich der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi. Giang ist 20 Jahre alt, Tinh 22. Vor einem Jahr hatten sie angefangen, in einer Fabrik in der Industriezone Hanois zu arbeiten. Dort kontrollierten sie Mobiltelefon-Tastaturen und Drucker-Bestandteile auf Fehler. Acht Stunden pro Tag, sechs Tage pro Woche. «Körperlich ist das kein schwerer Job», sagt Giang, die die anstrengende Arbeit auf dem Reisfeld kennt, «aber er ist sehr ermüdend und eintönig.»

Die beiden Frauen wohnen im Umfeld der Fabriken in der Nähe des Flughafens. Drei bis vier Ar-

beiterinnen teilen sich einen knapp acht Quadratmeter grossen Raum und einen Reiskocher. Rund 30 Arbeiter teilen sich zwei Toiletten. Als Giang und Tinh im Dorf von Freunden gehört hatten, dass in den Fabriken Arbeiter gesucht würden, zogen sie freiwillig in die Stadt. «Wir wollten unser eigenes Geld verdienen.» Pro Tag verdienen sie umgerechnet etwa drei Franken.

9000 verloren ihren Job

Und dann hatten sie plötzlich weniger Arbeit. Im Januar 2009 habe das begonnen. Sie wurden nur noch 15 Tage im Monat gebraucht, manchmal noch weniger. Wegen der globalen Krise, hiess es. «Das Geld reichte nicht mehr zum Leben. Nahrungsmittel sind in der Stadt drei Mal so teuer wie auf dem Land. Wir mussten zurück zu unseren Eltern fahren. Und auf den Anruf aus der Fabrik warten.»

Geschätzte 9000 Arbeiter verloren alleine in den Industriebetrieben Hanois wegen der Krise ihren Job, berichtete das Magazin der Tageszeitung «Viet Nam News» im März. Die meisten Arbeiter kämen vom Land und würden zur Feldarbeit zurückkehren.

Im Dorf merkt man nicht viel von der Krise. «Unwetter und Überschwemmungen sind viel schlimmer für uns Bauern», sagt Tran Van Bieu, der Vater von Tinh. Seit Juni arbeiten Giang und Tinh wieder Vollzeit. «Die Fabriken stellen wieder Arbeiter ein», sagt Giang. «Aber der Job ist nicht attraktiv. Wenn wir heiraten und Kinder kriegen, würde das Geld niemals ausreichen.» Sie werde aufhören. Zurück ins Dorf ziehen und eine Berufsausbildung als Maschinenmechanikerin beginnen. «In der Fabrik habe ich keine sichere Zukunft.» ■

**Anemi Wick absolvierte in Hanoi einen Medien-Sta-
ge und bereist Vietnam weiterhin als freie Journalistin*

Sinkende Investitionen, boomender Reisexport

Exporte machen in Vietnam weit über 50 Prozent des BIP aus – Hauptabnehmer sind die krisengeschüttelten Märkte USA, Europa und Japan. Im ersten Halbjahr 2009 gingen die Exporteinnahmen um 10 Prozent zurück, hauptsächlich verursacht durch den tiefen Ölpreis. Von der sinkenden Nachfrage ist insbesondere der Export von Luxusgütern wie etwa Holzgartenmöbel betroffen, weniger der Export von Billigkleidung. Auch ausländische Direktinvestitionen, der Tourismus sowie Geldüberweisungen von Auslands-Vietnamesen sind rückläufig. Dagegen boomt der Reisexport, und auch der inländische Konsum steigt wieder. Im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern trifft die Krise Vietnam weniger hart. Das Land wird nicht in eine Rezession fallen. Experten gehen für 2009 von einem verlangsamt positiven Wachstum von 3 bis 4 Prozent aus, warnen aber die Regierung davor, weiter mit enormen Konjunkturmassnahmen an einem Wachstum von 5 bis 6 Prozent festzuhalten, denn dann drohe Vietnam eine Inflation.



«Die Forderungen treiben sie noch tiefer in die Rezession»

Das Versiegen der internationalen Finanzströme hat in den Entwicklungsländern für gewaltige Defizite gesorgt. Die reichen Länder müssen rasch die notwendigen Gelder bereitstellen, um die unschuldig zu Opfern der Finanzkrise gewordenen Bevölkerungen zu unterstützen. Dies fordert Martin Khor, Direktor des Centre-Sud in Genf, im Interview mit Jane-Lise Schneeberger.



Martin Khor ist 1951 in Penang, Malaysia, geboren und hat in Cambridge und Malaysia Wirtschaft studiert. Während 25 Jahren leitete er das Third World Network, ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen und Forschungszentren, die sich für Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Seit März 2009 leitete er das Centre Sud in Genf. Martin Khor hat verschiedene Werke und Studien über Handel, nachhaltige Entwicklung und Umwelt publiziert, darunter «Globalisation and the South» und «Intellectual Property, Biodiversity and Sustainable Development». Darüber hinaus war er Berater verschiedener UNO-Agenturen und anderer Institutionen und nimmt an den Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen teil.



Sven Tofm/lat

«Eine Welt»: Lassen sich die aufgrund der Finanzkrise entstandenen Verluste der Entwicklungsländer beziffern?

Martin Khor: Die bis Ende 2009 aufgerissene Finanzierungslücke wird auf 1000 Milliarden Dollar geschätzt. Darin enthalten sind alle eingefrorenen Gelder aus dem Ausland, also Darlehen, Investitionen und Exporterlöse. In den Entwicklungsländern sind die Devisenreserven so stark geschrumpft, dass es für die Regierungen schwierig wird, Importe zu finanzieren und Schuldzinsen zu begleichen. Eine neue Verschuldungskrise zeichnet sich ab. Für die wenig entwickelte Welt ist dies die schlimmste Auswirkung der Wirtschaftskrise.

Die Industrieländer haben Programme zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft aufgelegt. Können arme Länder vergleichbare Massnahmen finanzieren?

In den USA und in Europa nahmen die Regierungen, insbesondere bei ihren Zentralbanken,

Unmengen Geld auf, um diese Programme zu finanzieren, und haben deren Zinssätze auf fast null Prozent sinken lassen. Nur wenige Länder des Südens, unter ihnen China, konnten sich solche Ankurbelungspakete leisten, weil sie hohe Devisenreserven besitzen. Den anderen fehlen die Mittel. Und im Ausland mehr Geld aufnehmen, können sie nicht. Umso weniger, als die Darlehen des Internationalen Währungsfonds IWF an äusserst restriktive Bedingungen gebunden sind: Reduktion der Staatsausgaben, Senkung des Budgetdefizits sowie Zinserhöhungen. Das pure Gegenteil also einer antizyklischen Politik. Eher treiben diese Forderungen die Länder noch tiefer in die Rezession.

Was können die Behörden des Südens tun, um die Auswirkungen der Krise zu dämpfen?

Auf nationaler Ebene wenig, denn sie benötigen dringend Liquidität in Form von Devisen. Die reichen Länder müssen die notwendigen Ressourcen so schnell wie möglich erschliessen. Als ihre Ban-

ken unterzugehen drohten, waren sie rasch zur Stelle und haben sofort Geld eingeschossen, um sie zu retten. Heute ist die Situation genauso gefährlich. Man kann nicht einfach Afrika oder Asien einbrechen lassen.

Wie sollte diese Finanzierung denn ausgestaltet sein?

Um das Anhäufen neuer Schuldenberge zu vermeiden, müsste es sich um Spenden handeln oder

men führt. Ausserdem muss diesen Ländern eine Stundung der Zinszahlungen gewährt werden, bis die Krise ausgestanden ist.

Was erwarten Sie im aktuellen Kontext von den Entwicklungsagenturen?

Die Entwicklungszusammenarbeit muss ihre Unterstützung unbedingt erhöhen, weil eine soziale und humanitäre Katastrophe bevorsteht. Millionen von Menschen werden ihre Arbeit verlieren und



Weil sie gezwungen wurden, Agrarsubventionen und Agrarzölle abzuschaffen, produzieren viele Entwicklungsländer keine oder nur wenige Nahrungsmittel und sind nun wie Malawi (ganz links) und Liberia von Importen abhängig

um kostenlose Zuschüsse wie die Sonderziehungsrechte (SZR), die Währung des IWF. Der G20-Gipfel vom vergangenen April hat zusätzliche SZR im Wert von 250 Milliarden Dollar verabschiedet. Allerdings wird der grösste Teil davon in die reichen Länder fliessen, weil sie proportional zu den Beitragsanteilen gewährt werden. An der UNO-Konferenz zur Finanzkrise im Juni forderten die Entwicklungsländer die Ausgabe neuer SZR für sich. Die Steuerzahler der Industrieländer würde das nichts kosten. Leider wurde der Vorschlag abgelehnt, aber die Diskussion läuft in einer von der Konferenz eingesetzten Arbeitsgruppe weiter.

Was empfehlen Sie, abgesehen von der Bereitstellung von Liquidität?

Die Entwicklungsländer benötigen mehr politischen Spielraum, um die erforderlichen Massnahmen zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft treffen zu können. Die mit den IWF-Darlehen verbundenen Bedingungen sind im Licht der Krise neu zu definieren, ebenso die mit Europa und den USA abgeschlossenen Freihandelsabkommen. Diese Verträge zwingen die Länder des Südens einerseits dazu, ausländisches Kapital ungehindert ins Land und wieder hinaus fliessen zu lassen. Andererseits müssen sie auch die Importzölle abschaffen, was zu einem beträchtlichen Rückgang der Staatseinnahmen

in Armut versinken. Parallel dazu sollten die Agenturen ihre Regierungen für die Bedürfnisse des Südens sensibilisieren. Zurzeit sind die Industrieländer völlig von den eigenen Problemen absorbiert und beachten die Schwierigkeiten anderswo kaum. Dabei tragen sie Verantwortung auch für Bevölkerungen, die schuldlos zu Opfern der Finanzkrise geworden sind. Umso mehr, als diese von der Explosion der Nahrungsmittelpreise sonst schon hart getroffen sind.

Die Finanzkrise hat zumindest den Vorteil, dass sie einen leichten Rückgang dieser Preise mit sich brachte.

Sie bleiben hoch und schwanken sehr stark. Die Lebensmittelkrise hält an, weil sie zu einem guten Teil auf die vom IWF und der Weltbank auferlegte Handelspolitik zurückgeht. Diese zwangen die Entwicklungsländer zur Abschaffung von Agrarsubventionen und Importzöllen. Sie sagten ihnen: ‚Hört auf, selbst Nahrungsmittel zu produzieren, importiert sie, das kostet euch weniger.‘ Mit dem Resultat, dass heute viele Länder von Importen abhängig sind und den Preisanstieg mit voller Wucht zu spüren bekommen. Die Lebensmittelkrise wird anhalten, bis wir dieses Problem gelöst haben. ■

(Aus dem Englischen)

Das Centre Süd – Süden hilft Süden

Das 1995 in Genf gegründete Centre Sud ist eine staatenübergreifende Organisation, an der 50 Entwicklungsländer beteiligt sind. Es stellt sich als kritische Plattform und Ideenschmiede in den Dienst des Südens. Wichtigstes Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern und die Stärkung ihrer Position innerhalb multilateraler Organisationen. Das Centre Sud unterstützt sie bei der Erarbeitung gemeinsamer Haltungen und Vorschläge zu politischen Schlüsselthemen. Es leitet Forschungsarbeiten und Analysen zu Fragen im Zusammenhang mit Globalisierung, Handel, Klimawandel, Innovation, Zugang zu Wissen und geistigem Eigentum. Seit einigen Monaten sind seine Ansätze auch auf die Wirtschaftskrise und auf die Reform der weltweiten Finanzarchitektur ausgerichtet.

www.southcentre.org

Bolivians Indígenas: Kämpferisch, ausdauernd, voller Hoffnung

In der östlichen Tieflandmetropole Santa Cruz zeigt sich die Spaltung Boliviens am deutlichsten. Auf die Reformbemühungen von Präsident Evo Morales reagiert die weisse Elite mit Blockade und Rassismus. Ein Rundgang durch den Armenbezirk Plan Tres Mil. Von Gerhard Dilger*.



Gerhard Dilger (3)



Die Karawane der Kleinbusse kommt ins Stocken. Zu beiden Seiten säumen ärmliche Verkaufsstände aus Holz und Blech die staubige Hauptverkehrsstrasse. Endlich kommt die «Rotonda», Verkehrskreis und Herz von Plan Tres Mil, dem riesigen Armenbezirk der ostbolivianischen Metropole Santa Cruz de la Sierra.

Auf dem Areal kämpft eine Handvoll zerzauster Palmen ums Überleben. Daneben ist auf einem Betonpfeiler die «Whipala» aufgepflanzt, die aus 49 bunten Quadraten bestehende Fahne der Anden-Indígenas. Darüber weht das Rot-Gelb-Grün Boliviens. Die Symbolik ist klar: Hier haben die Anhänger von Evo Morales das Sagen, dem ersten indianischen Präsidenten Boliviens. Seiner neuen Verfassung nach ist das südamerikanische Land jetzt als «Vielvölkerstaat» definiert.

Autonomie an. Im September 2008 wäre die Kraftprobe mit der Zentralregierung in La Paz beinahe in einen Bürgerkrieg gemündet.

Doch davon ist in Plan Tres Mil auf den ersten Blick nichts zu sehen. An den Ständen um die Rotonda werden neben Lebensmitteln massenweise raubkopierte DVDs und CDs feilgeboten, Artikel für Haushalt und Hygiene, Schreibwaren, Kleider, Schuhe. «Das Geschäft läuft schlecht», klagt Remigia Miguel, eine kräftige 45-Jährige mit einem langen schwarzen Zopf, «es gibt immer mehr Schuhverkäufer.» Zurzeit verdient die neunmalige Mutter noch weniger als ihr Mann, der in einer Schneiderwerkstatt angestellt ist. «Dort ist es auch schwierig, weil so viele Altkleider aus den USA importiert werden», berichtet sie. Als 18-jähriges Mädchen ist sie mit ihrer Familie aus dem Hochland nach Santa Cruz gekommen – auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben. Vier ihrer Geschwister sind nach Spanien ausgewandert.

In die Stadt oder auswandern

Die Linkswende, die Morales seit knapp vier Jahren anführt, ist im Land höchst umstritten – die Reichen und viele Angehörige der urbanen Mittelschicht fürchten um ihre Privilegien. Besonders heftig wehrt sich die hellhäutige Oligarchie von Santa Cruz gegen die Politik der Zentralregierung. Angeführt von wohlhabenden Grossgrundbesitzern, streben die Cruceños eine weitreichende

Wichtige Sozialprogramme

In Santa Cruz nennen viele Alteingesessene die dunkelhäutigen Zuwanderer verächtlich «Collas», nach einem Indianervolk aus den Anden. In den letzten Jahren, parallel zum Aufstieg von Evo Mo-





Escudero Patrick/Hemis.fr/afp

rales, zeigt sich der Rassismus der «Cambas», der «echten» Cruceños, immer unverhüllt. Auch Remigia Miguel erlebt ihn, wenn sie in der kolonialen Altstadt Schuhe verkauft, meist wortlos, aber manchmal wird sie auch beschimpft.

Den Präsidenten möchte sie für ihre Probleme nicht verantwortlich machen. «Die hiesigen Politiker lassen ihn doch gar nicht regieren», meint sie. «Jetzt gibt es doch Zuschüsse für Schulkinder und Schwangere, und den Alten gibt er eine höhere Rente», benennt sie die drei wichtigsten Sozialprogramme, die die Regierung aufgelegt hat. Möglich wurde dies, weil sie im Rahmen ihrer Nationalisierungspolitik den Staatsanteil am Erdgasexport drastisch erhöhte: Vor vier Jahren blieben dem Staat 27 Prozent der Reingewinne, heute sind es, je nach Förderanlage, 65 bis 77 Prozent.

Plan Tres Mil: Über 100 Stadtviertel

Die Anfänge des Plan Tres Mil gehen ins Jahr 1983 zurück, als die Stadtverwaltung nach einer Überschwemmungskatastrophe in dem Gebiet 12 Kilometer südöstlich des Stadtzentrums 3000 Familien ansiedelte. María Zabala Cortez, 72, war damals dabei. Als Vorsitzende des ersten Nachbarschaftsrates stritt sie für Busse, Trinkwasseranschlüsse und Schulen. Ihre elfköpfige Familie ernährte sie mit dem Lohn als Waschfrau in einem Hotel und einem Krankenhaus. «Es war eine harte Zeit. Mein Mann war Schreiner, später haben wir Brot gebacken und eine kleine Pension aufgemacht. Alle meine neun Kinder haben studiert», erzählt sie stolz. Aus ihrer Holzhütte ist ein geräumiges Steinhaus mit einem hübschen Innenhof geworden.

Ein spanischer Priester hätte mehr für das Gebiet

geleistet als sämtliche Politiker, meint Zabala. Arbeitslosigkeit und Kriminalität seien heute die grössten Probleme. «Schuld dran sind die hiesigen Politiker, aber auch die Zentralregierung, die blockieren sich gegenseitig», beklagt sie die Polarisierung in Santa Cruz.

Mit über hundert Stadtvierteln ist Plan Tres Mil das Gegenstück zur Grossstadt El Alto oberhalb von La Paz. Fast ausschliesslich wohnen dort arme, aus ländlichen Gebieten zugewanderte Bolivianer indigener Herkunft – zwischen 250 000 und 300 000, so genau weiss das niemand. In Bolivien stellen sie zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Doch anders als El Alto, wo sich schon viele Klein- und Mittelbetriebe angesiedelt haben, ist Plan Tres Mil noch überwiegend Schlafstadt – die meisten Einwohner arbeiten in den wohlhabenderen Bezirken von Santa Cruz.

Kulturprojekt für das Selbstbewusstsein

Auch die Infrastruktur lässt zu wünschen übrig. Kaum eine Strasse ist asphaltiert, die medizinische Versorgung prekär. Da die Stadtverwaltung nur einen kleinen Teil der Haushaltsmittel an die Hochburg der Regierungspartei, der «Bewegung zum Sozialismus», weiterleitet, strebt die Basis eine eigene Stadtverwaltung an, berichtet Alex Guzmán, der Chefredakteur der linken Lokalzeitung «El Guaraní». «Bürokratie, korrupte Genossen und ein unfähiger Abgeordneter haben das bislang verhindert», sagt er bedauernd. Immerhin unterstützt die Zentralregierung den Bau eines Abwassersystems, einer Turnhalle und einer politechnischen Fachhochschule, und auch eine neue Markthalle ist geplant.

«So, wie durch den Gaskrieg von El Alto im Ok-

Der Autonomie-Konflikt

Seit dem Amtsantritt von Evo Morales Anfang 2006 hat sich die Polarisierung in Bolivien verschärft. Die konservative Opposition im Parlament und im Tiefland machte sich für die Autonomie der Departemente im östlichen Tiefland stark, Morales hingegen weiter für den Zentralstaat. 2008 spitzte sich die Lage zu: In vier Referenden von zweifelhafter Legalität stimmten die Departemente Pando, Beni, Santa Cruz und Tarija für eine in der Praxis folgenlose Autonomie. Im August wurde der Präsident mit 67 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Kurz darauf begannen die rechten Kräfte im Tiefland eine Serie von Sabotageakten und Strassenblockaden. In Santa Cruz wurden Büros staatlicher Einrichtungen verwüstet. Mit einem Massaker an Morales' Anhängern in Pando eskalierte die Lage weiter. Die Autonomistenjugend versuchte, Plan Tres Mil einzunehmen – von der Radiostation an der Rotonda aus organisierte die Linke erfolgreich den Widerstand. Auf einem Sondergipfel der südamerikanischen Staaten bekam Morales den einhelligen Rückhalt seiner Kollegen und ging gestärkt aus der Krise hervor.

Die indianische Renaissance

Bolivien ist das einzige südamerikanische Land mit indigener Mehrheit. Dabei sind die Grenzen zwischen Indigenas und Mestizen fließend, maximal jeder zehnte Bolivianer ist Weissler. Die grössten Volksgruppen sind die Aymaras und Quechuas im Andenhochland. Durch die Anfang 2009 per Referendum angenommene Verfassung werden die Rechte der insgesamt 36 indigenen Völker gestärkt. Im August stellte ihnen Evo Morales eine grössere Autonomie auf Gemeindeebene in Aussicht. Der Präsident selbst wurde politisch als Gewerkschafter der Kokabauern sozialisiert, den indigenistischen Diskurs hat er erst seit seinem Amtsantritt aktiv aufgegriffen. Kritiker von links und rechts werfen ihm vor, er spalte damit das Land weiter. Vor allem in der urbanen Mittelschicht hat er viele Sympathien verspielt. Mit seinem linksnationalistischen Reformprojekt, mit dem er vor allem die Rolle des Staates in der Wirtschaft stärkt, will Morales die jahrhundertlange koloniale und neokoloniale Ausbeutung der Indigenas überwinden.



Paule Sauwens/istat

tober 2003 der neoliberale Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada gestürzt wurde, so war der Widerstand im Plan vor einem Jahr entscheidend für die Niederlage der Autonomisten», bringt Domingo Faldín die nationale Bedeutung des kämpferischen Stadtbezirks auf den Punkt. Mit Jugendlichen aus Plan Tres Mil organisiert der rührige Sozialarbeiter Kulturprojekte: «Dadurch wird das Selbstbewusstsein der jungen Leute gestärkt. Ähnliches passiert in ganz Bolivien, seitdem Evo regiert.»

Der Präsident als Vorbild und Hoffnungsträger

Faldíns Workshops finden im «Integrierten Justizzentrum» am «Platz der Fackel» statt – dort, wo in den Anfangszeiten des Viertels die Flamme einer Erdgasanlage die einzige Lichtquelle war. Heute stellt eine Parkanlage mit Spielplätzen eines der seltenen Freizeitangebote im Plan Tres Mil dar, doch einladend wirkt die trockene, baumlose Anlage nicht gerade.

Im Justizzentrum, das mit britischen und US-amerikanischen Geldern gebaut wurde, erhalten die Anwohner kostenlose Rechtsberatung und Hilfe bei ihrem Kampf mit der Bürokratie. «Es geht uns darum, den Ärmsten die Bürgerrechte zu garantieren, angefangen bei der Geburtsurkunde», sagt Hipólito Díaz Sandoval, der Leiter des Zentrums. «Regieren ist nicht leicht, wenn grosse Teile des Staatsapparats von den Vorgängern übernommen werden müssen und die rassistische Rechte alles

blockiert, was sie nur kann», gibt der Funktionär des Justizministeriums zu bedenken.

Draussen auf dem Bürgersteig repariert der Schuster Diego Huaniquina tagsüber Lederwaren und verkauft die Schuhe, die er abends in Heimarbeit herstellt. «Früher habe ich in einer Schuhfabrik in Cochabamba gearbeitet», erzählt er, «doch da ist mir nur ein Bruchteil des Erlöses geblieben.» Gleichzeitig ist Huaniquina Mitglied einer Kooperative, die auf einen lukrativen Regierungsauftrag hofft. Militärstiefel, die derzeit teuer aus der Schweiz importiert werden, sollen künftig in Bolivien produziert werden, heisst es. Für die Maschinen habe die Regierung der Kooperative einen Kredit in Aussicht gestellt.

An der Rotonda geht das Treiben bis in den späten Abend weiter. Die Kleinbusse spucken jene Bewohner aus, die als Strassenverkäufer, Hausangestellte oder Wachleute im «reichen» Santa Cruz arbeiten. Für die meisten von ihnen bleibt Evo Morales, der es mit Ausdauer bis an die Spitze des Staates geschafft hat, Vorbild und Hoffnungsträger. Aber sie wissen auch, dass ihr Weg zu einem besseren Leben mühsam bleibt. ■

**Gerhard Dilger ist freier Journalist im südbrasilianischen Porto Alegre und Südamerika-Korrespondent mehrerer deutschsprachiger Medien, u.a. taz, Evangelischer Pressedienst und WOZ*

Die Schweiz und Bolivien Langfristiges Engagement mit konkreten Resultaten

(bf) Die Schweiz engagiert sich bereits seit 40 Jahren in Bolivien und wird insbesondere wegen der Ausrichtung ihrer Zusammenarbeit auf langfristige Ziele, welche mit den Entwicklungsplänen des Landes abgestimmt sind, sehr geschätzt. Die Zusammenarbeit konzentriert sich seit Beginn auf die ländlichen Gebiete des Hochlands sowie die angrenzenden Täler und hat konkrete Spuren hinterlassen.

So förderte die Schweiz beispielsweise bereits Mitte der 1970er Jahre die Produktion von hochwertigem Saatgut für Futtermittel, für das Forstwesen, bei Bohnen, Kartoffeln und andinen Getreidesorten. Als Resultat davon verdienen heute mehrere Tausend Saatgutproduzenten damit einen substantiellen Teil ihres Einkommens.

Ab Mitte der 1980er Jahre setzte sich die Schweiz auch für die Stärkung der Bürgerbeteiligung auf regionaler und lokaler Ebene ein. Seit 1995 unterstützt sie zudem die nationalen Bestrebungen zur Dezentralisierung des bolivianischen Staates

mittels Ausbildung tausender Promotoren, von Basisorganisationen sowie Gemeindebehörden.

Förderung von Frieden, Dialog und Wirtschaft

In den nächsten Jahren setzt die schweizerisch-bolivianische Zusammenarbeit mit einem Jahresbudget von rund 21 Millionen Franken drei thematische Schwerpunkte: Gute Regierungsführung und Demokratie, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Zur Förderung der guten Regierungsführung und Demokratie arbeitet die Schweiz mit Regierungsstellen und Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen. In ausgewählten Ministerien (u.a. Justiz, Umwelt, Infrastruktur) sollen Know-how aufgebaut sowie Richtlinien und Abläufe optimiert werden. Damit sollen der rechtliche Schutz und die staatlichen Dienstleistungen verbessert werden. Andererseits lernen Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte und Pflichten kennen und können sich somit verstärkt für ihr Gemeinwesen einsetzen und transparentere Behördentätigkeit einfordern. Darüber hinaus soll der verstärkte Dialog zwischen Regierung und Gesellschaft für eine friedliche Entwicklung sorgen.

Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen soll den Menschen einen besseren Zugang zu vorab lokalen Entwicklungsmöglichkeiten geben. So beteiligen sich lokale Akteure an der dezentralen Planung zur besseren Nutzung natürlicher Ressourcen (Wasser, Land, Forst etc.). Damit werden bessere Entwicklungschancen geschaffen sowie die Verletzlichkeit benachteiligter Bevölkerungsgruppen und das Risiko sozialer Konflikte vermindert. Die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung soll gezielt den Armen zugute kommen, indem innerhalb von Wertschöpfungsketten Arbeit und Einkommen geschaffen werden. Zudem wird die Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftlichen Akteure vorab im ländlichen Raum gefördert. Eine Wertschöpfungskette umfasst dabei sämtliche Stufen von der Rohstoffgewinnung über die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung bis hin zum Absatz am Konsumentenmarkt. Gezielt will man auch die Startchancen für Jugendliche in ländlichen Gebieten mittels beruflicher Ausbildung und Qualifizierung verbessern. ■



Im Stau zwischen Protesten und Folkstänzen



Carlos Florencio Colque Mayta, 41, ist in La Paz

geboren. Er studierte Philosophie in Cochabamba bei den Padres Oblatos de María Inmaculada (OMI) und später Soziale Kommunikation in La Paz. Nach Studienabschluss arbeitete er zunächst als Sprecher bei verschiedenen nationalen Radiostationen und später bei privaten und beim nationalen Fernsehen. Weil er keiner politischen Partei angehört, verlor er dort 1997 beim Regierungswechsel seine Stelle. Danach baute er seinen eigenen Verkehrsbetrieb auf, dessen Kundschaft ausschliesslich diplomatische Vertretungen und Entwicklungsgesellschaften sind.

Mein Land fordert von den Menschen spezielle Überlebensstrategien, denn seit fünfzehn Jahren verliert mit jedem Regierungswechsel die Mehrheit der öffentlichen Angestellten ihre Stelle. Das ist auch mir widerfahren, trotz Universitätsabschluss. Plötzlich stand ich ohne Arbeit da, musste etwas Neues suchen. Ich entschied mich für den öffentlichen Verkehr.

Bei meiner Arbeit begegne ich vielen Menschen und erfahre andere Kulturen. Der tägliche Austausch beweist mir, dass alle Städte auf der Welt einer ähnlichen Routine unterworfen sind und jeder Ort einzigartig ist. Die Stadt La Paz weist beispielsweise zwei Merkmale auf, die sie ganz speziell machen: Proteste und folkloristische Darbietungen.

Die Proteste – die lokale Bevölkerung nennt sie «*Las marchas*» – sind gut organisierte soziale Kundgebungen in den Strassen der Hauptstadt, an denen von Arbeiterinnen, über Bauern bis zu öffentlichen Angestellten alle mehr Lohn, bessere Arbeitsmöglichkeiten, mehr Unterstützung für ihre sozialen oder gewerkschaftlichen Organisationen fordern. Obwohl die Regierung dank der sozialen Bewegungen, die Teil der sogenannten Demokratie der Strasse sind, an die Macht kam, ist sie vor diesen Protesten nicht gefeit. Sie finden mindestens dreimal pro Woche auf den wichtigsten Verkehrsachsen der Stadt statt. Und sie nahmen mit den Frustrationen über die seit Jahren andauernde sozioökonomische Krise hierzulande gar noch zu.

Ein anderes Merkmal der höchst gelegenen Stadt der Welt sind folkloristische Darbietungen. Die far-

bigen und vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen präsentieren sich in Form von Umzügen mit Tänzern und Musikgruppen, welche etwa den Geburtstag eines Quartiers oder ein religiöses Fest feiern. Es sind grosse, mehrtägige Feste, die fast die ganze Stadt erfassen, einschliesslich Strassenhändlern und einem Grossaufgebot der Nationalen Polizei: Der Studienbeginn an der Uni, das Fest «*Señor del Gran Poder*» (Schutzpatron) oder kleine Paraden, wenn beispielsweise 20 Personen die Gründung ihres Viertels feiern und dafür die Strassen rund um ihre Häuser absperren.

Obwohl die Proteste legal sind und die traditionellen Tänze unseren kulturellen Reichtum beweisen, schränken die Paraden die Hauptverkehrsachsen ein, führen zu einem Verkehrschaos und behindern all jene, die dringend ins Stadtzentrum wollen. Das Ergebnis sind verzweifelte Fussgänger sowie ungeduldige, entnervte Chauffeure. Häufig hört man deshalb den Witz: «Und wer demonstriert heute?»

Jeden Morgen, wenn ich mich hinter das Steuer setze, bin ich auf aussergewöhnliche Zustände gefasst – genau wie alle anderen Bürger auch, die trotz sozialer Proteste und Folkstänzen ihren Tätigkeiten nachzugehen versuchen. Für mich ist das Alltag. Obwohl niemand davon verschont bleibt, sind doch all jene, die vom öffentlichen Verkehr leben, besonders hart davon betroffen. Ständig müssen wir neue Routen austüfteln, um nicht in den Staus stecken zu bleiben. Denn fahren wir nicht, verdienen wir nichts und unsere Rechnungen stapeln sich. Wegen der grossen Unsicherheit und familiären Verpflichtungen haben viele das Land verlassen. Auch ich hatte Gelegenheit dazu, aber ich wollte bei meinen Kindern bleiben. Doch wenn ich in den Staus stecke, frage ich mich manchmal, ob ich nicht doch besser ausgewandert wäre.

Meine Stadt ist wunderschön und einzigartig: Die Menschen, die Häuser an den steilen Berghängen, der strahlend blaue Himmel, der schneebedeckte Illimani und die unvergleichliche Sonne – noch nie hat jemand das Gegenteil behauptet. Aber es wäre gut, eine für alle befriedigende Lösung zu finden. Darin sollen die legalen Proteste und traditionellen Tänze ebenso Platz finden, wie es allen erlaubt sein soll, der Arbeit ungehindert nachzugehen und sich frei fortzubewegen, um unseren beruflichen und familiären Verpflichtungen nachzukommen. ■

(Aus dem Spanischen)



Carlos Colque



Genial sein genügt nicht

Vor ein paar Wochen organisierten die Lehrlinge der DEZA einen Filmabend mit Diskussion. Einer der Filme war ein kurzer und eindrücklicher Dokumentarfilm zum Thema Wasser. Er zeigte unter anderem eine recht ungewöhnliche Methode, in der Wüste Wasser zu gewinnen.

Ein Forscherteam spannte Netze, die eigenartig geknüpft waren. In diesen Netzen sammelte sich Feuchtigkeit aus dem Bodennebel, der über die Wüste zog. Die ins Netz geratene Feuchtigkeit lief zu Tröpfchen zusammen, die Tropfen rieselten abwärts und gelangten schliesslich in einen Wasserkanal unter den Netzen. Eine geniale Technik zur Wassergewinnung in der Wüste. Und sie funktionierte – technisch.

Trotzdem war das Projekt kein Erfolg. Die betroffene Bevölkerung in Lateinamerika war nicht in der Lage, die Netze und das Röhrensystem zu unterhalten. Die Verteilung des Wassers an die Bewohner im Dorf war aufwändiger als zuerst angenommen. Auch kamen die Arbeiten zur Wassergewinnung den sonstigen beruflichen Tätigkeiten in die Quere. Schliesslich stellte sich heraus, dass das mit den Netzen gewonnene Wasser um ein Mehrfaches teurer war als das Wasser, das mit Tanklastern herangekarrt wurde.

Die Geschichte erinnert mich an jene Dampfmaschine, die während der Antike in der Bibliothek von Alexandrien stand. Sie funktionierte als lehrreiches Experiment und beeindruckte die Gelehrten, aber niemand wusste etwas damit anzufangen.

Selbst geniale Lösungen und Erfindungen zeigen keine Wirkung, wenn sie nicht auf die Menschen abgestimmt sind, denen sie nutzen sollen. Wer mit Innovationen Entwicklung fördern will, muss von den Lebensverhältnissen der betroffenen Men-

schen ausgehen, muss ihr Wirtschaften, ihre Kultur und ihr soziales Leben erkunden und kennen. Nur dann bestehen Chancen, mit neuen Technologien Entwicklung fördern zu können. Leider wird dies oft nicht getan und gewissermassen am falschen Ende begonnen.

Dabei sind die Kenntnisse solcher Zusammenhänge keineswegs neu. Schumpeter – einer der grossen Ökonomen des letzten Jahrhunderts und Zeitgenosse von Keynes – hat sich intensiv damit auseinander gesetzt und die Bedeutung von Invention, Innovation und Diffusion für die wirtschaftliche Entwicklung untersucht. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit lohnt es sich auch heute, darüber nachzudenken.

Der Filmabend der Lehrlinge hat dazu einen Anstoss gegeben. Lösungen können nicht aus dem Hut gezaubert werden, wie der weisse Hase aus dem Zylinder des Magiers. Die Lebensverhältnisse armer Menschen müssen als Ausgangspunkt gewählt werden. Gerade das ist eine der grossen Stärken der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit – sowohl privater Organisationen wie der staatlichen Hilfe. ■

Martin Dahinden
Direktor der DEZA



Paul Hain/taif

Gesundheit und Selbstbestimmung im Intimbereich

Ungewollte Schwangerschaften, gefährliche Abtreibungen oder die Übertragung von HIV/Aids – alles Probleme, die schwer zu thematisieren sind. Die International Planned Parenthood Federation IPPF leistet auf diesem Gebiet Pionierarbeit.

(gn) Sexualität ist ein emotional aufgeladenes Tabuthema, mit dem sich auch Entwicklungsorganisationen schwer tun. Dabei sind Informationsangebote und die Verbesserungen von Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung von zentraler Bedeutung, will man zum Beispiel die Situation von Müttern und Kindern verbessern, die Ausbreitung von HIV/Aids stoppen und die Bevölkerungsentwicklung in den Griff bekommen (siehe *Eine Welt* 3/2009).

Ungewollte Schwangerschaften

Wie eng die individuellen Rechte und Möglichkeiten insbesondere der Frauen bei Familienplanung und Sexualität mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in einer globalisierten Welt zusammenhängen, hatten bereits jene Pio-

nierinnen erkannt, die im Jahr 1952 die International Planned Parenthood Federation IPPF gründeten. Ihr Ziel war es, über Kultur-, Traditions- und Religionsgrenzen hinweg die Stellung der Frauen in den Bereichen Sexualität und Familienplanung zu stärken.

Heute ist die Organisation in über 150 Ländern präsent und gehört mit ihrem breiten Dienstleistungsangebot und dem weltweiten Engagement für reproduktive Gesundheit und sexuelle Selbstbestimmungsrechte zu den führenden Institutionen auf diesem Gebiet. Die IPPF versteht sich explizit als Lobbyistin für die Anerkennung und Durchsetzung der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung als Menschenrecht. Ihr Engagement reicht von ungezählten Dienstleistungen im Bereich der Gesundheitsversorgung über Sensibilisierungskampagnen bis zum Kampf für bes-

«Ich träume vom Tag, an dem jedes neu geborene Kind willkommen sein wird, an dem Männer und Frauen gleichberechtigt und Sexualität Ausdruck von Intimität, Freude und Zärtlichkeit sein werden»
Elise Ottesen-Jensen,
Gründungsmitglied IPPF

sere Gesetzgebungen und gegen gefährliche Abtreibungen.

Während in industrialisierten Ländern Verhütungsmittel heute allgemein zugänglich sind und eine Schwangerschaft kaum mehr ein Risiko darstellt, ist die medizinische Versorgung – gerade im Bereich der reproduktiven Gesundheit – im Süden und Osten oft mangelhaft: So hat zum Beispiel laut einer Studie des UNO-Bevölkerungsfonds in den ärmsten Entwicklungsländern nur gerade jede zehnte Frau Zugang zu Verhütungsmitteln. Dies führt zu Hunderttausenden ungewollter Schwangerschaften, die oft Teil eines Teufelkreises von Armut und Elend sind.

Doch auch bei der medizinischen Betreuung von Schwangeren und Kleinkindern ist das Gefälle zwischen reichen und armen Ländern frappant. Dazu kommt die Verbreitung von HIV/Aids, die in Entwicklungsländern wegen fehlender Ressourcen zum Teil verheerende Auswirkungen hat.

Abtreibung – ein sensibles Thema

Die DEZA räumte in den letzten Jahren der Bekämpfung von HIV/Aids in ihren Gesundheitsprojekten einen grossen Stellenwert ein und verfügt über entsprechendes Know-how. Bei verschiedenen anderen Themen der reproduktiven Gesundheit stützt sie sich aber gerne auf die Aktivitäten und Erfahrungen von Partnerorganisationen wie der IPPF.

«Die IPPF ist für uns eine wichtige Partnerin, weil sie als Dachverband von im Feld tätigen NGOs die sensiblen Themen der reproduktiven Gesundheit ganz anders angehen kann als die UN-Organisationen oder staatliche Agenturen wie die DEZA», sagt Nathalie Vesco, Programmbeauftragte Gesundheit bei der DEZA. Konkretes Beispiel sind die jährlich weltweit geschätzten 19 Millionen illegalen Abtreibungen. Rund 70 000 Frauen bezahlen für die oft unsachgemäss und unter miserablen hygienischen Bedingungen durchgeführten Aborte mit ihrem Leben.

Die meisten dieser Tragödien ereignen sich in Entwicklungsländern. Je nach kulturellem oder politischem Kontext im Partnerland sei es für die DEZA aber nicht möglich, das Thema Abtreibung in ihren Projekten und Programmen direkt anzugehen, sagt Nathalie Vesco. Die IPPF sei hier viel offener, nicht zuletzt dank ihrer Mitgliederorganisationen, die vor Ort gut verankert sind.

Gemeinsam mit Dänemark, Norwegen, Schweden und Grossbritannien unterstützt die Schweiz deshalb den 2006 gegründeten Safe Abortion Action Fund (Fonds für Aktivitäten im Bereich sicherer Abtreibungen), der unter dem Dach der IPPF in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa 50



Projekte zur Bekämpfung gefährlicher Abtreibungen initiiert hat.

Know-how noch gezielter nutzen

Seit 1995 kofinanziert die Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit die Aktivitäten der IPPF und profitiert bereits heute vom Austausch mit dieser Organisation. Künftig soll deren spezifisches Know-how aber noch gezielter genutzt werden.

«Wir wollen in unseren Schwerpunktländern die Vernetzung zwischen den Partnern vor Ort, den dortigen Mitgliedorganisationen der IPPF sowie dem UNO-Bevölkerungsfonds und Unicef vorantreiben. Dies, um Synergien möglichst optimal zu nutzen und den Politikdialog auf allen Ebenen zu intensivieren», stellt Nathalie Vesco in Aussicht. «Dabei spielt die IPPF als internationale Plattform eine wichtige Rolle: Sie funktioniert wie ein Transmissionsriemen zwischen den verschiedenen Institutionen und ermöglicht so auch einen schnellen Überblick über die gesamten Aktivitäten im Bereich der reproduktiven Gesundheit.»

Es sind Aktivitäten, die mehr als andere Entwicklungsthemen dem Gegenwind von Politik, Kultur und Religion ausgesetzt sind – ein Problem, mit dem die sexuelle und reproduktive Gesundheit seit jeher zu kämpfen hatte. ■

Schwangerschaftsberatung und medizinische Basisversorgung sind für viele Frauen in Entwicklungsländern wie Benin keine Selbstverständlichkeit – und nur jede zehnte Frau hat Zugang zu Verhütungsmitteln

Die IPPF

Hervorgegangen aus der internationalen Konferenz für Familienplanung von 1952 in Bombay, versteht sich die International Planned Parenthood Federation als globales Netzwerk von Organisationen, die sich jeweils auf nationaler Ebene für die Gewährleistung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte einsetzen. Wer der IPPF beitreten will, muss ein entsprechendes Statement unterzeichnen. Schweizer Mitglied der IPPF ist die Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit PLANES. Der Hauptsitz der IPPF ist in London, regionale Büros unterhält sie in Nairobi, Tunis, Brüssel, Delhi, Kuala Lumpur und New York. Das Budget von rund 120 Millionen Dollar wird zu über 70 Prozent durch staatliche Entwicklungsgelder gedeckt. Entscheidungsträger ist der zweimal jährlich tagende Steuerungsrat, in dem alle Regionen vertreten sind. Pro Region muss mindestens ein Teilnehmer unter 25 Jahre alt sein – dies, weil sich die Aktivitäten der IPPF vor allem um die Anliegen und Bedürfnisse junger Menschen drehen.

www.ippf.org

Mehr Geld und Zeit ohne Käse



Im südarmenischen Hochland gibt es kaum Alternativen zur Viehwirtschaft. Dank enger Zusammenarbeit zwischen einer NGO, regionalen Käseproduzenten und der DEZA hat sich die Situation der Bäuerinnen und Bauern bereits verbessert.

Optimismus trotz Krise

Auch in Armenien ist der Milchpreis im Keller – trotz steigender Produktionskosten für die Bauern drücken Milchverarbeiter wie Elola den Preis für die Rohmilch. «Nebst Elola gibt es noch einen zweiten Milchverarbeitungsbetrieb in der Region», sagt Zara Allahverdyan, Leiterin des DEZA-Projekts in Eriwan, «diese Konkurrenz ist gut für die Bauern, die sich zudem zu Gruppen zusammenschliessen, um ihre Verhandlungsposition zu verbessern.» Das Projekt fing einst mit einem Jahresbudget von bescheidenen 11 000 Dollar an und konnte bereits einiges bewegen. Die erzielten Resultate ermöglichen weitere Investitionen wie etwa die Förderung der Fleischvermarktung. Dank der Zusammenarbeit mit Finanzinstitutionen sollen auch bald Mikrokredite, die in Milchraten zurückbezahlt werden können, den Bauern den Zugang zu finanziellen Mitteln erleichtern.

(gn) Seit die Käseproduktionsfirma Elola im Jahr 2006 in der Gebirgsregion rund um die Kleinstadt Goris im Süden Armeniens Milchsammelstellen mit Kühlräumen eingerichtet hat, hat sich das Leben in der Region verändert. Wie viele andere auch, produzierte die Bäuerin Narine Israelyan im 1100-Seelendorf Kornidsor bis dahin ihren eigenen Käse – verkaufen konnte sie ihn aber auf dem lokalen Markt kaum.

Die Milchwirtschaft ist auch heute noch die wichtigste Einnahmequelle für die sechsköpfige Familie. Der Unterschied: Heute verkauft sie die Rohmilch an Elola, hat damit ein gesichertes Einkommen und erst noch weniger Arbeit, weil sie den Käse nicht mehr selber herstellen muss. Möglich wurde dieser Schritt dank der Zusammenarbeit zwischen der lokalen NGO Strategic Development Agency SDA und der ebenfalls in der Region verankerten Milchverarbeitungsfirma Elola, die ihren Käse auch in Eriwan vermarktet und nach Russland exportiert.

Ausbildung von Bauern und Kindern

Eine weitere wichtige Veränderung brachte die Einrichtung der tierärztlichen Praxis im Dorf, denn eine professionelle Veterinärmedizin hatte es seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hier nicht

mehr gegeben. Nebst der medizinischen Grundversorgung gehören die qualitative Verbesserung des Viehbestands sowie Schulungsprogramme für Bauern zum Projekt. Dieses wird von der DEZA, die vor allem als Vermittlerin auftritt, mit einem Beitrag von rund 800 000 Franken im Jahr unterstützt. Ziel ist es, mit einem ganzheitlichen Ansatz die Produktionsbedingungen, wie auch den Marktzugang von rund 2000 Bauernfamilien in der abgelegenen Bergprovinz zu verbessern.

«Heute kann ich mehr Zeit meiner Familie und meinen Kindern widmen, weil ich nicht mehr Käse herstellen und mir den Kopf darüber zerbrechen muss, ob wir ihn verkaufen oder gegen Dinge, die wir dringend brauchen, eintauschen können. Schon mit einem relativ kleinen, dafür aber regelmässigen Einkommen in bar kannst du planen, wie du die Bedürfnisse der Familie decken willst. Das Wichtigste aber: Du hast Geld für die Ausbildung und Zukunft deiner Kinder», sagt Narine Israelyan. Ihre drei Töchter haben dank dem Projekt die Universität, beziehungsweise das Lehrerinnen-College besucht. Der Milchverkauf ermöglichte es der Familie zudem, Geld in den Betrieb zu investieren und die Zahl der Kühe von vier auf acht zu verdoppeln. ■

Neue Kulturstrategie

(dls) Kunst und Kultur haben Gesellschaften seit jeher zum Aufbruch angestachelt und sind ausgezeichnete Instrumente bezüglich gesellschaftlicher Veränderungen. Seit langem nutzt deshalb die DEZA deren entscheidende Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit und engagiert sich dabei auf internationaler Ebene: Die Schweiz hat 2008 das Unesco-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ratifiziert, welches die Entwicklungsländer entscheidend mitgeprägt haben. Und im Juli 2009 hat die DEZA eine neue Strategie zur Förderung des interkulturellen Austauschs und der Künstler aus dem Süden und Osten formuliert. Die auf fünf Jahre ausgerichtete Strategie definiert drei Einsatzbereiche. Zum einen soll der Zugang der Künstler aus

dem Süden und Osten zu ihrem Publikum, zu Netzwerken und zum weltweiten Kulturmarkt von der Schweiz aus vereinfacht werden. Dabei stehen Film und Musik im Vordergrund, weil sie relativ leicht zu vermarkten und zu verbreiten sind. Im Rahmen dieser in der Schweiz unterstützten Aktivitäten werden kulturelle Produktionen der DEZA-Schwerpunktländer künftig stärker berücksichtigt. In den zweiten Bereich fällt die Fortführung von Kulturprojekten in Schwerpunktländern und -regionen. Und schliesslich sollen innerhalb der DEZA und regierungsunabhängiger Partnerorganisationen interkulturelle Kompetenzen gefördert und weiterentwickelt werden.

Nobelpreis der Alphabetisierung

(jls) Der Verein Tin Tua, lang-

jähriger Partner der DEZA in Burkina Faso, hat einen der vier 2009 von der Unesco verliehenen internationalen Alphabetisierungspreise gewonnen. Die Auszeichnung wurde am 8. September in Paris anlässlich des Weltalphabetisierungstags überreicht. Sie belohnt Qualität und Tragweite des Einsatzes von Tin Tua zur Förderung des Lesens und Schreibens. Der 1989 gegründete Verein hat einen zweisprachigen Unterricht entwickelt. Die Angebote sind den Umständen und Bedürfnissen vor Ort angepasst und erreichen jährlich rund 40000 Lernende – die Hälfte davon Frauen – in 750 Dörfern und Weilern in Burkina Faso. Tin Tua – in der Gurmantché-Sprache «entwickeln wir uns selbst» – bietet Alphabetisierung als informelle Bildung an, meist die einzige Art von Bildung, die armen Bevölkerungsschichten

zugänglich ist. Sie richtet sich nicht nur an über 15-jährige Jugendliche und Erwachsene, sondern auch an Kinder zwischen 9 und 15 Jahren, die frühzeitig die Schule verlassen haben oder gar nie eingeschult wurden. Die jungen Teilnehmenden können wirtschaftliche und soziale Kompetenzen erwerben, die in ihrem Umfeld erforderlich sind. Dank Tin Tua ist der Alphabetisierungsgrad in den betreuten Dörfern auf 40 Prozent angestiegen und übersteigt bei weitem das landesweite Mittel von 26 Prozent. Die anderen drei Alphabetisierungspreise 2009 wurden Projekten in Afghanistan, Indien und auf den Philippinen verliehen.

Was eigentlich sind... Menschenrechte?

(mr) Im politischen Sprachgebrauch umfasst der Begriff «Menschenrechte» all jene Freiheitsansprüche, die das Individuum allein auf Grund seines Menschseins erheben kann, und die von der Gemeinschaft aus ethischen Gründen abgesichert werden. Menschenrechte sind angeborene Rechte, die für alle Menschen gleichermaßen gelten, unabhängig von Geschlecht, Volkszugehörigkeit oder Glauben. Das Konzept der Menschenrechte hat sich in einem langen Prozess entwickelt, der nach wie vor nicht abgeschlossen ist. Heute steht ein globales und regionales Instrumentarium zum Schutz der Menschenrechte bereit und verhilft ihnen zu weltweiter Geltung. Auf globaler Ebene findet die Entwicklung der Menschenrechte im Rahmen der UNO statt. Bereits in ihrer Charta von 1945 setzte sich diese unter anderem zum Ziel, «die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen» (Art. 1 Ziff. 3). Den ersten Schritt zur Umsetzung dieses Ziels stellt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 dar. Sie enthält neben einem Katalog klassischer Freiheits- und Gleichheitsrechte und bestimmter Verfahrensgarantien eine Reihe sozialer Grundrechte wie das Recht auf soziale Sicherheit oder das Recht auf Arbeit. Artikel 29 spricht die Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft an, in der er lebt, postuliert

also das Bestehen von «Grundpflichten». Zudem bilden die zwei Pakte von 1966 und vier Konventionen (Kinderrecht, Folter, Diskriminierung der Frauen und Rassendiskriminierung) die gesetzliche Basis für die Einhaltung der Menschenrechte.



Die Menschenrechte unter der Knute des Klimawandels



Le Figaro Magazine/af



Christine Kaufmann

studierte Rechtswissenschaften an der Universität Zürich, wo sie mit einer Dissertation zum Thema «Hunger als Rechtsproblem – völkerrechtliche Aspekte eines Rechtes auf Nahrung» promovierte. Seit September 2003 ist sie Professorin für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Uni Zürich. Daneben ist sie Member of the Board des World Trade Institute (WTI) der Universität Bern. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf den staatsrechtlichen Auswirkungen der Globalisierung, den Schnittstellen zwischen internationalem Handelsrecht und Menschenrechten sowie dem Verhältnis von internationalem Handels- und Finanzsystem.

Der Klimawandel setzt die Menschenrechte unter Druck. Die Menschen in den betroffenen Gebieten sind in ihren elementaren Rechten wie jenen auf Leben, Wasser und Nahrung bedroht. Eine enorme Herausforderung für die Staatengemeinschaft – ein Konsens über mögliche Lösungsansätze ist jedoch nicht in Sicht. Ein Interview mit Christine Kaufmann, Leiterin des Kompetenzzentrums für Menschenrechte an der Universität Zürich. Von Maria Roselli.

Eine Welt: Die Menschenrechtserklärung gibt es seit gut 60 Jahren. Welche grossen Errungenschaften konnten seither erzielt werden?

Christine Kaufmann: Zu ihrer Zeit bedeutete die Menschenrechtserklärung einen enormen Fortschritt, auch wenn sie damals nur als politisches Programm gedacht war. Man war sich beispielsweise nicht darüber einig, ob die Rechte verbindlich oder nur generelle Zielsetzungen für die Staaten sind. Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Heute sind alle Länder der Überzeugung, dass Menschenrechte verbindlich sind. Neu ist zudem, dass sich Individuen vor Gericht auf bestimmte Rechte berufen können.

Wie steht es im Zeitalter des Klimawandels um die Menschenrechte?

Wir müssen davon ausgehen, dass die Voraussagen des Weltklimarates zutreffen und es vermehrt Na-

turkatastrophen, mehr Erdbeben, mehr Überschwemmungen geben wird. Ganze Staaten wie etwa die Malediven können verschwinden. Das trifft die Menschen unmittelbar in ihrem Recht auf Leben, Nahrung, Wasser und Gesundheit. Die Menschen sterben in den Katastrophen, sie können ihre Äcker nicht mehr bebauen, hungern, die Wasserquellen werden verunreinigt oder sie erkranken. Der Klimawandel kann sich aber auch bloss schleichend bemerkbar machen. Beispielsweise wenn Gebiete durch die Dürre unfruchtbar werden und die Menschen auf der Suche nach Einkommen gezwungen sind, in die Städte zu ziehen. Es kommt vermehrt zu Migrationsbewegungen, und Migration ist immer eine Situation, in der die Rechte der Betroffenen gefährdet sind.

Laut Experten gibt es bereits heute mehr Klimaflüchtlinge als sonstige Flüchtlinge. Bis



Auch ein schleichender Klimawandel, beispielsweise durch Dürre wie in Kenia (ganz links), oder der grossflächige Anbau von Zuckerrohr zur Produktion von Agrotreibstoff wie in Brasilien, können die Menschenrechte gefährden

2050 sollen es 200 Millionen sein. Braucht es eine Anpassung der Rechte, etwa des Völkerrechts oder des Asylrechts?

Der Flüchtlingsbegriff basiert noch immer auf den Abkommen, die kurz nach dem 2. Weltkrieg ausgehandelt wurden. Doch die traditionelle Verfolgung durch den Staat ist längst nicht mehr der Hauptgrund, weshalb Menschen heute flüchten. Der Klimawandel führt zu Veränderungen in den Existenzgrundlagen von Menschen und Staaten. Dadurch entstehen Spannungen, das Konfliktpotenzial steigt. Wo Konflikte ausbrechen oder Wasser- und Nahrungsmangel herrscht, kommt es vermehrt zu Flüchtlingsströmen. Die UNO-Hochkommissarin Navanethem Pillay sagt zwar, man solle nicht von Klimaflüchtlingen sprechen, weil man dadurch rechtliche Begriffe vermische. Doch diese Menschen flüchten eben tatsächlich aufgrund des Klimawandels und fallen in einen rechtsfreien Raum. Nun wird propagiert, Klimaflüchtlinge wenigstens vorübergehend aufzunehmen. Aber es braucht ganz klar neue Regeln, alles andere ist ein Flickwerk. Wir müssen den Flüchtlingsbegriff, da führt nichts daran vorbei, neu definieren.

Welche neuen Herausforderungen werden durch den Klimawandel an die Menschenrechte gestellt?

Zum einen gilt es die unmittelbaren Folgen des Klimawandels zu bekämpfen – etwa dort, wo es zu

Naturkatastrophen kommt. Zum anderen muss die Reaktion der Staaten auf den Klimawandel überprüft werden. Denn diese kann wiederum die Menschenrechte gefährden, beispielsweise wenn zur Minderung der CO₂-Emissionen auf neue Treibstoffe wie Biodiesel gesetzt wird. Dies scheint auf den ersten Blick etwas abwegig, aber es kann tatsächlich passieren. Denn Rohstoffe wie Mais und Zuckerrohr müssen grossflächig angebaut werden und dieses fruchtbare Land wird womöglich den Kleinbauern entzogen, sodass wiederum ihre Lebensgrundlage bedroht wird. Heute ist der Anbau dieser Rohstoffe meist in den Händen der Grosskonzerne. Für ärmere Kleinbauern und insbesondere für Frauen wird es somit schwieriger, Land zu erwerben. Zudem ist die Ökobilanz von Biotreibstoffen umstritten. Bevor die Staaten auf Biotreibstoffe setzen, muss deshalb Klarheit darüber bestehen, ob es tatsächlich ökologisch sinnvoll ist – und die Förderung muss zwingend mit einer Überprüfung der menschenrechtlichen Konsequenzen einhergehen.

Meistens sind es internationale Firmen, die in Entwicklungsländern Rohstoffe für Agrodiesel anbauen. Heisst das, dass die Herkunftsstaaten der Multis den Betrieb in die Pflicht nehmen müssten?

Genau. Das ist aber nicht so einfach. Im Völkerrecht sind nicht die Unternehmen direkt verantwortlich, sondern immer die Staaten. Der Staat

Höhere Todesraten für Frauen

Laut eines Berichtes des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte sind Frauen, Kinder und Angehörige indigener Völker besonders stark von den Risiken und Folgen des Klimawandels betroffen. Wegen der bestehenden Geschlechterdiskriminierung sowie den einschränkenden Gender-Rollen sind darüber hinaus Frauen und Mädchen stärker davon bedroht: Sie befinden sich am untersten Ende der Armutskala, bringen oft alleine die Familie durch und leben in den notdürftigsten Behausungen. Ihre Todesrate als Folge von Naturkatastrophen ist denn auch nachweislich deutlich höher als die von Männern. Dies ist besonders in Gesellschaften der Fall, in denen der sozio-ökonomische Status von Frauen niedrig ist.



Martin Sasseo/afp

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen die Menschen – wie 2008 in Myanmar, als Zehntausende von Menschen durch einen Zyklon ihr Zuhause verloren – in ihrem Recht auf Leben, Nahrung, Wasser und Gesundheit

Versinkende Heimat

Bis 2050 rechnet das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte mit etwa 150 Millionen Menschen, die von Umsiedlungen betroffen sein werden. Zu den Ursachen der Umsiedlungen gehören die Ausbreitung von Wüstengebieten, zunehmender Wasserstress, die Überflutung von Küstenregionen sowie soziale Unruhen und Gewalt, die durch Klimawandel ausgelöst werden. Die Rechte der Vertriebenen sind innerhalb vieler Länder bedroht, aber auch, wenn sie in andere Länder flüchten. Besonders dramatisch wird die Situation der Bewohnerinnen und Bewohner flacher Inselstaaten sein, deren Heimat in den nächsten Jahrzehnten als Folge steigender Meeresspiegel im Meer zu versinken droht.

muss also dafür sorgen, dass seine Unternehmen keine Menschenrechte verletzen. Das klingt einfach, ist aber in der Praxis schwierig umzusetzen.

Was müsste demnach die Schweiz tun, um beispielsweise Nestlé bezüglich Privatisierung des Wassers in die Pflicht zu nehmen?

Die Schweiz müsste zuerst einmal wissen, was es genau heisst, im Rahmen einer Privatisierung auf das Recht auf Wasser zu achten. Dann geht der Ball zurück an die UN-Organen. Denn viele Fragen sind noch offen: Wie viele Liter Wasser brauche ich pro Tag? Wie weit sind Unternehmen für das Recht auf Wasser verantwortlich? Es besteht ein enormer Klärungsbedarf.

Würde es reichen, dass die UNO das Wasser als Öffentliches Gut deklariert?

Das ist zum Teil schon geschehen. Die Bestrebungen, die Privatisierung der Wasserversorgung zu verbieten, sind aber gescheitert. Die Privatisierung ist erlaubt, wenn der betroffene Staat zustimmt. Nach wie vor ungelöst ist die Verantwortlichkeit von Unternehmen. Die UNO hat nun einen Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Unternehmen eingesetzt. John Ruggie versucht auszuformulieren, was die Menschenrechts-Standards für Unternehmen bedeuten und wie die Staaten Einfluss nehmen können. Die Verantwortung von multinationalen Unternehmen ist eine unendliche Leidensgeschichte. Schon in den 1970er Jahren, nach dem Sturz von Salvador Allende in Chile, an dem auch zwei US-Unternehmen beteiligt waren, hat die UNO versucht, verbindliche Regeln

zu schaffen. Damals wurde erstmals realisiert: Internationale Unternehmen können einen ähnlich grossen Einfluss wie Staaten haben. Für sie gibt es aber kaum völkerrechtliche Regeln. 40 Jahre später sucht man immer noch nach Lösungen und zwar mit der Wirtschaft und nicht gegen sie. John Ruggie schlägt vor, zuerst die Pflichten für die Unternehmen zu definieren und dann die nötigen Rechtsmittel zu erarbeiten.

Schuld am Klimawandel sind insbesondere die Industriestaaten – die Folgen tragen die Entwicklungsländer. Wie geht man auf internationaler Ebene mit diesem Dilemma um?

Das Problem ist erkannt. In der UNO-Klimaschutzkonvention ist bereits verankert, dass das Verursacherprinzip gelten soll und man spricht auch von *Equity*, also von Gerechtigkeit. Die Staaten, die mehr zum Klimawandel beigetragen haben, müssen jetzt dafür sorgen, dass ärmere Länder nicht überproportional darunter leiden. Allerdings ist man sich noch sehr uneinig, was das heisst. Meiner Meinung nach verspricht ein menschenrechtsorientierter Ansatz, wie jener der Welternährungsorganisation, den grössten Erfolg. Es ist müssig über Ursachen und Schuld zu streiten, wir müssen viel mehr dringend etwas tun, damit die Armen nicht immer ärmer werden. Und es ist ganz klar, wer zuerst aktiv werden muss, damit die Kombination von Klimawandel, Finanz- und Nahrungsmittelkrise nicht in eine humanitäre Krise mündet: Die Industriestaaten, und dazu gehört auch die Schweiz. ■

Endlich zuhause

In einer meiner letzten Kolumnen über missglückte industrielle Entwicklung kritisierte ich das Fehlen koordinierter Anstrengungen und wie sich die Regierungen zu stark auf urbane Entwicklung ausrichten, während die ländlichen Gebiete unter Vernachlässigung und Isolation leiden. Deshalb ziehen die Menschen in Südafrikas Städte. Ein Leser widersprach nun meiner Behauptung, eine konzentrierte Entwicklung würde die Migrationstendenzen in ländlichen Gebieten verändern und behauptet, die Landflucht in die Städte sei ein natürliches Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts, das nicht rückgängig gemacht werden könne.

Ich sehe das anders. Von meiner Arbeit für ländliche Entwicklung in Lesotho und in der östlichen Kapprovinz Südafrikas weiss ich, dass die Landbevölkerung sehr stark mit dem Land ihrer Ahnen verbunden ist und es nur verlässt, wenn sie dazu gezwungen ist. Während Generationen hat sie in den Minen rund um die Städte gearbeitet, doch fast alle kehrten nach Ablauf ihres Arbeitsvertrages zurück. Hätten die Menschen auf dem Land ihren Lebensunterhalt bestreiten können, wären sie geblieben. Natürlich gibt es jüngere Leute, die auswandern, weil sie der zweifelhafte Glanz der Städte anzieht – Medien, Film und Fernsehen vermitteln ein reiches, lebhaftes und gesundes Stadtleben. Das Landleben hingegen wird als langweilig und arbeitsintensiv dargestellt. Im Allgemeinen wandern Menschen aber aus, weil sie politische und wirtschaftliche Sicherheit suchen. Fänden sie diese zuhause vor, würden sie nichts lieber tun, als da zu bleiben und einen aktiven Bei-

trag für die Entwicklung vor Ort zu leisten.

Ein Beispiel. Vor einigen Jahren besuchte ich ein Dorf im Lower Telle-Gebiet an der Grenze zu Lesotho. Auf der Suche nach einer Geschichte entdeckte ich einen wunderschönen Berg, der mich durch seine besondere Farbe faszinierte. Er war Rosa und zwar wegen der Jahreszeit: Es war Frühling, und die Aloen standen in voller Blüte. Ich sagte zu mir selbst: Dieser Berg kann nicht umsonst so schön sein.

Die Armut dieser Region beschäftigte mich seit langem. Früher arbeiteten die Männer in den Minen in den Städten, jetzt aber sind viele wegen der schwierigen Wirtschaftslage arbeitslos.

Die Blumen übersäten Bergflanken erinnerten mich an Bienen, doch ich wusste nichts über Imkerei. Als ich kurz darauf in einer landwirtschaftlichen Zeitung einen Immerkurs ausgeschrieben sah, besuchte ich ihn. Danach kehrte ich in das Dorf zurück und stellte die Imkerei-Idee vor. Einige Dorfbewohner – insbesondere solche, die bei etwas mitmachen wollten, was andere als Spinnerei abtun – gründeten die Genossenschaft Pink Mountain-Imkerei, nachdem sich bei einer Dorfabstimmung die Mehrheit dafür ausgesprochen hatte, ihnen den Berg zur Nutzung zu überlassen.

Nach ein paar Jahren stand das Projekt auf eigenen Füßen. Einige Dorfbewohner schrieben sich auch in der von mir besuchten Imkerschule ein, um sich mit Fachliteratur und Geschäftsführung auseinanderzusetzen. Ebenso musste Geld für die ersten Bienenstöcke,

Schwärme sowie für die entsprechende Ausrüstung beschafft werden.

Heute gehört zum Berg ein etabliertes Bienenzuchtprojekt, das den Frauen von Lower Telle gehört und von ihnen geführt wird. Dazu gehören Bienenstöcke sowie zwei Gebäude, in denen der Honig aus den Waben geschleudert, erhitzt, in Gläser abgefüllt und gelagert wird. Auch ein Laster gehört dazu, mit dem der Honig in Hotels und Geschäfte der umliegenden Städte ausgeliefert wird. Er ist sehr gefragt wegen seines einzigartigen Geschmacks, der von den Aloen und Sträuchern herrührt, die auf dem Berg wachsen.

Aber das Wichtigste ist, dass viele am Projekt Beteiligte, die sonst gegangen wären, geblieben sind – andere kehrten gar zurück. Weil sie zuhause ein Auskommen fanden. ■

(Aus dem Englischen)



Zakes Mda (eigentlich Zanemvula Kizito Gatyeni Mda), geboren 1948, gehört zu Südafrikas bekanntesten Romanciers und Theaterautoren. Aufgewachsen in Soweto und in Lesotho, emigrierte er 1963 in die USA und studierte in Ohio. 1995 kehrte er nach Südafrika zurück. Neben dem Schreiben ist er auch als Dramaturg am Johannesburg Market Theatre und als Maler, Komponist und Filmemacher tätig, züchtet Bienen und leitet den Southern African Multimedia AIDS Trust in Sophiatown, Johannesburg. Seine Romane sind in zahlreiche Sprachen übersetzt. Auf Deutsch sind seine Romane «Der Walrufer» und «Die Madonna von Excelsior» beim Unionsverlag erschienen. Zakes Mda's Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Heute unterrichtet er an Universitäten in den USA und in Südafrika und lebt in Johannesburg und Ohio.



Hardy Meier/Haf

Zwei Welten, kau



Claudia Llosa ist 1976 in Lima geboren. Sie studierte Filmwissenschaft an der Fakultät für Kommunikation der Universität Lima, in New York und Madrid, wo sie mit einem Master in Drehbuchschreiben abschloss. Ihre berufliche Karriere begann beim Fernsehen und in der Werbung. 2006 drehte Claudia Llosa ihren ersten Spielfilm «Madeinusa», der international sehr erfolgreich war. Ihr zweiter Film, «La teta asustada», hatte im Februar 2009 an der Berlinale Premiere und wurde mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet. Die junge Filmemacherin lebt seit sieben Jahren in Barcelona. Sie ist die Nichte des bekannten peruanischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa.



Das Universum der Andenbevölkerung findet in der Filmwelt kaum je Beachtung. Die junge peruanische Regisseurin Claudia Llosa betritt mit zwei Spielfilmen über Quechua-Indianer Neuland und hat Erfolg. «La teta asustada» wurde an der Berlinale 2009 mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet. Interview: Jane-Lise Schneeberger.

«Eine Welt»: «La teta asustada» (angsterfüllte Brust) ist die Bezeichnung einer Krankheit, die durch Muttermilch übertragen werden soll. Gemäss den Quechuas geben Frauen, die während des Kriegs von Soldaten vergewaltigt wurden, ihr Trauma an das gestillte Kind weiter. Ihre Protagonistin Fausta leidet unter der mysteriösen Krankheit. Existiert diese tatsächlich oder haben Sie sie erfunden?

Claudia Llosa: Sie existiert. In den Anden ist sie sogar weit verbreitet. Darauf gestossen bin ich beim Lesen einer Studie von Kimberly Theidon über systematische Vergewaltigungen der Armee während des Bürgerkriegs. Die amerikanische Anthropologin hatte die Aussagen zahlreicher Opfer zusammengetragen; einige davon verwiesen auf das Syndrom der «Teta asustada». Für meinen Film habe ich es verwendet, weil ich die Problematik der Vergewaltigung im heutigen Umfeld dar-

stellen konnte, nicht in jenem des Konflikts. Auf dem Umweg über den Mythos konnte ich mich der Gegenwart stellen. Mich interessiert die Vorstellung, dass sich Krieg wie eine Krankheit überträgt.

Im Bürgerkrieg haben Militärangehörige in den ländlichen Andenregionen tausende von Frauen und Mädchen vergewaltigt.

Wurden sie dafür bestraft?

Nur ganz wenige Opfer erhielten Genugtuung – weil sie be-

m Kommunikation



reit waren zu reden. Eines der grossen Probleme ist, dass die vergewaltigten Frauen nicht wagen, Anzeige zu erstatten. Das ist überall auf der Welt so, in den Anden aber aufgrund eines sprachlichen Problems noch verwickelter: Quechua kennt kein Wort für Vergewaltigung. Man spricht stattdessen von «schlechter Behandlung» oder «Schmerz». Polizisten und Richter schenken einer Frau, die sich über Misshandlung oder zugefügte Schmerzen beklagte, einfach keine Beachtung. Nach dem Krieg versuchte die Wahrheits- und Versöhnungskommission die Vergewaltigungen zu erheben, aber die Zahl der Opfer lässt sich kaum bestimmen. Der Realität entsprechen die nachgewiesenen Fälle jedenfalls in keiner Weise.

Wie kann sich Peru über-

haupt versöhnen, wenn die im Krieg begangenen Gräueltaten ungesühnt bleiben?

Peru muss sich nicht von den Vergewaltigungen erholen, sondern von einem noch schwerer wiegenden Problem, der fehlenden Kommunikation. Vergewaltigung, Schmerz und Tod sind die Folgen der Unfähigkeit zum Dialog, zur Anerkennung der andern und ihrer Eigenart. In «La teta asustada» spiegelt sich das Kommunikationsdefizit am Gegensatz zwischen der Anden- und der modernen westlichen Welt, deren Beziehungen auf einer immer wieder auftauchenden Form von Paternalismus und Dominanz beruhen. Ich will dies aber überwinden, denn es geht letztlich um eine menschliche Problematik. Man versucht immer, Gegner oder Andersdenkende zu eliminieren.

Wie kann eine glückliche Beziehung ohne Zwang zustande kommen? Dabei beziehe ich mich nicht nur auf den sexuellen, sondern auch auf den kulturellen Aspekt.

Ihr Film lässt kaum Hoffnung auf Annäherung der beiden gegensätzlichen Welten aufkommen. Hier Fausta, die junge Quechua, dort Aida, die reiche weisse Musikerin, bei der Fausta als Hausangestellte arbeitet.

Ja, die Grenzen bleiben. Beide Frauen leben in ihrer eigenen Welt. Aida bewohnt ein tolles Anwesen, ein kleines Paradies, mit dem Rücken zur Misere nebenan. Sie befürchtet, ihre Kreativität zu verlieren – und hat Angst vor dem Tod. Fausta dagegen hat Angst vor dem Leben. Sie ist ebenso hermetisch in sich gekehrt. Übers Singen

entsteht dann zögerlich ein Band zwischen den beiden. Problematisch wird es, wenn Aida nicht anerkennen will, was ihr Fausta gibt.

Aida behandelt sie herablassend und böseartig. Entspricht diese Beziehung der peruanischen Wirklichkeit?

Man kann nicht sagen, die Urbevölkerung werde von den Weissen misshandelt, überhaupt nicht. Man kommuniziert bloss nicht miteinander. Dabei geht es nicht um ein Rassenproblem, sondern um ein kulturelles. Bauern, die aus den Bergen kommen, um sich in der Hauptstadt Lima niederzulassen, werden von den bereits anwesenden, ins urbane, moderne Milieu eingetauchten Quechuas oft verachtet. Die Neuankömmlinge erhalten Übernamen, man



In Kinofilmen aus Lateinamerika ist die Urbevölkerung nur selten ein Thema – nicht so bei Claudia Llosa, deren Filme «La teta asustada» (obere Reihe) und «Madeinusa» von der Vorstellungswelt der Andenbevölkerung handeln

spricht von «recién bajados», frisch Gestrandeten. Ich will den Gegensatz zwischen der althergebrachten Kultur und dem, was alles Weisse symbolisiert, sichtbar machen. Deshalb schleppt Fausta am Ende des Films die Leiche ihrer Mutter an den Strand und sagt zu ihr: Mama schau, das Meer! Lima soll sich stärker für die Anden interessieren, aber die Andenwelt soll ihren Blick auch der von Lima verkörperten Küste zuwenden.

Quechuas tauchen in zahlreichen Dokumentarfilmen auf, aber fast nie in Spielfilmen. Weshalb handeln Ihre beiden ersten Langfilme von der Vorstellungswelt der Andenbevölkerung?
Weil Menschen durch Mythologie und Glaubensvorstellungen symbolisch zum Ausdruck bringen wollen, was sie nicht verstehen. Lateinamerikanische Filmemacher siedeln ihre Drehbücher nur selten im Kontext der

Urbevölkerung an, weil das Publikum dieser Art Film meist fernbleibt. Limaerinnen und Limaer interessieren sich kaum für den Rest ihres Landes. Sie fliegen im Urlaub eher nach Miami, als dass sie die Anden entdecken gingen. Aufgrund meiner Erziehung und meiner Erlebnisse ist das bei mir ein wenig anders. Noch bevor ich zu filmen begann, hatte ich mich schon mit der Kultur der Andenvölker beschäftigt.

Die beiden Filme wurden mit Laiendarstellern gedreht. Wie haben sie auf den fertigen Film reagiert?
In beiden Fällen fand die peruanische Erstaufführung dort statt, wo ich gedreht hatte: «Madeinusa» in einem auf 3700 m ü. M. gelegenen Dorf und «La teta asustada» in einem Limaer Armenviertel. Alle waren zu einer Gratisvorstellung eingeladen. Die Zuschauerinnen und Zuschauer waren stolz, am

Erfolg des Films beteiligt zu sein. Überrascht hat mich, dass das Publikum in Lima klatschte, als die ärmsten Ecken seines Quartiers auf der Leinwand erschienen. Es geht ja um die Lebenswelt und um die Geschichte dieser Leute. Sie fühlten sich zum ersten Mal verbunden mit der internationalen Szene, der modernen Welt, dem Berliner Filmfestival. Bei «Madeinusa» konnten wir das Dorf – als materielle Entschädigung und weil dieses so klein ist – und gar an die Elektrizitätsversorgung anschliessen.

Bisher haben nur wenige peruanische Produktionen international Karriere gemacht. In Europa gezeigte lateinamerikanische Filme kommen meist aus Argentinien oder Brasilien. Wie erklären Sie sich das?
Dafür dürften finanzielle Gründe ausschlaggebend sein. Filmemacher erhalten in Peru

nur sehr bescheidene Unterstützung vom Staat. Der Maximalbetrag pro Film beläuft sich auf 120 000 Dollar, und bloss drei oder vier Projekte jährlich werden berücksichtigt. Peruanische Produktionsbudgets sind Lichtjahre von jenen in Mexiko, Argentinien oder Brasilien entfernt. Meine beiden Filme wurden von offizieller Seite mit je 70 000 Dollar unterstützt. Gekostet haben sie natürlich viel mehr. Also mussten wir verschiedene ausländische Organisationen um Mitfinanzierung bitten. Das ist mit jahrelangem Hoffen, Suchen und Bewerben verbunden. ■

(Aus dem Französischen)



Besonderer Hörgenuss

(er) Dieser Schauplatz gehört zum Paléo Festival in Nyon: Das 2003 mit dem DEZA-Kickoff-Support lancierte «Village du Monde». 2009 gabs da superbe Hör- und Augenblicke in den immensen Musikkosmos Indiens. Dokumentiert wird dies mit einer kompetenten Auslese von bereits veröffentlichten Tracks. Dass damit nicht nur Folklore angesagt ist, vermittelt ein virtuoser CD-Auftakt mit treibender Bhangra Music des britisch-indischen Kollektivs Achanak: Es zieht der Volkstanz-Musik aus Indiens Nordwesten ein okzidentales Klanggewand an. Der musikalische Bogen spannt sich weiter von eindringlichem Punjabi-Gesang und nasalsten Chorstimmen über pulsierende Rhythmus- und Melodie-Reigen von Tabla-Trommeln und Veena-Lauten zu hypnotischen Klangspuren der Gipsy-Formationen aus Rajasthan oder zu Fado- und Flamenco-Anklängen. Besonderen Hörgenuss bietet die Fusion zwischen Raga & Tala-Klassik samt Sufi-Weisen oder Qawwali-Harmonien mit urbanen Sounds wie Drum'n' Bass, Jazz oder Bollywood-Pop.

Various: «Paléo Festival Nyon, Village du Monde 2009; Indian Mood» (Paléo Festival Nyon / Disques Office).

Rap voller Power

(er) Da bemächtigen sich filigrane Koraklänge der Gehörgänge. Dazu gesellen sich basissetonte Drumrhythmen, in

welche Beats der Kelchtrummel Djembe sachte Abtönungen setzen. Ausserdem stellen sich sanfte Gitarrenakkorde, helle Scratch-Tonfolgen, warme Background-Stimmen und powervoller Sprechgesang ein. Es ist der HipHop der 27-jährigen Senegalesin Fatou Mandiang Diatta, besser bekannt unter dem Namen Sister Fa. Eigentlich ist ihr gelungener Mix aus Rap und Afro-Pop unaufgeregt, abseits aufgesetzter Gangsta-Rap-Klischees und unterscheidet sich vom westafrikanischen HipHop der männlich dominierten Szene kaum – wären da nicht die auf Wolof, Französisch, Mandinka oder Jola



und zumeist einsilbig und eloquent vorgetragenen Lyrics. Damit prangert die seit zwei Jahren in Berlin lebende Rapperin die Missstände in ihrer Heimat an, kämpft gegen Aids, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung. Sie spricht von «der Kehrseite des Paradieses» und kreierte damit zuweilen eine fast melancholische Stimmung.

Sister Fa: «Sarabah», CD inkl. 2 Videos (Piranha/Musikvertrieb)

Pure Tanzlust

(er) Begründet durch Kolonisierung, Sklavenhandel, Eisenbahn- und Kanalbau ist in Zentralamerika an der schmälsten Isthmus-Stelle zwischen dem atlantischen und dem pazifischen Ozean die multiethnische «República de Panamá» entstanden – und damit ein musikalischer Melting Pot. Hier



kommen seit Jahrzehnten karibische, afro- und panamerikanische Musikstile zusammen – Latin, Cumbia, Calypso, Funk, Jazz, Soul. Das blieb lange Zeit unentdeckt. Trouvaillen aus der Zeit zwischen 1967 und 1977 bringt jetzt ein liebevoll produzierter Sampler in die Ohren; informative Ergänzungen bietet ein Booklet mit umfangreicher Einführung, Präsentationen der Combos und alten Fotos. Die 20 Tracks wecken trotz gelegentlichem Rauschen und Kratzen pure Tanzlust. Entfesselt wird diese durch perlende Piano-Läufe, blechern tönende Bläsesätze, spritzige Saxofonsoli, gefühlvolle Trompetenklänge, virtuose Gitarrenriffs, kokettierendes Akkordeonspiel und durch das charmant-herbe Timbre der Sängerstimmen.

Various, CD / Vinyl-LP:

«Panama! 2» (Soundway/Groove Attack, Hum Records)

Master in Development Studies

(jls) Das Genfer Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) bietet eine Fortbildungsveranstaltung in Entwicklungszusammenarbeit unter dem Titel International Executive Master in Development Studies (Imas). Das neun Monate dauernde Programm dreht sich um das zentrale Thema «Entwicklung und Globalisierung zwischen Wachstum und Ausgrenzung». Der Unterricht wird in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen aus Peru, Mali und

Vietnam teilweise dezentralisiert. Die Studierenden kommen aus vier Kontinenten. Imas richtet sich an Verantwortungs-träger in Behörden oder in privaten Organisationen von öffentlichem Interesse. Die Teilnehmer schliessen mit einem Master of Advanced Studies ab, einem international anerkannten Diplom. Der nächste Ausbildungszyklus dauert vom 2.8.2010 bis 8.4.2011. Anmeldeschluss: 31.1.2010. *Anmeldung: IHEID, Programme Imas, CP 136, 1211 Genève 21, 022 908 43 80, imas@graduateinstitute.ch*

Nachdiplome

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet im Frühjahrsemester 2010 folgende Weiterbildungskurse an: Promoting sustainable livelihood: Approaches and Practices (23.-26.2.) Urbanisierung: Tendenzen und Folgen der globalen Verstädterung für die EZA (1.-4.3.) Privatsektorförderung (8.-12.3.) Einführung in Planung und Monitoring von Projekten und Programmen (15.-19.3.) Friedensförderung in der internationalen Zusammenarbeit (22.-26.3.) Wirkungsorientierte Evaluation von Projekten und Programmen (6.-9.4.) Kultur und Entwicklung: Die internationale Zusammenarbeit im Spannungsfeld unterschiedlicher kultureller Orientierungen (12.-16.4.) Quantitative Wirkungsanalysen: Methoden & Anwendungen (20.-23.4.) OE I: Organisationsentwicklung in der EZA (26.-30.4.) Training für Moderatorinnen und Moderatoren (3.-7.5.) Klimawandel und EZA (17.-20.5.) Industrielle Entwicklung und

Umwelt (26.-28.5.) Einführung in Planung und Monitoring von Projekten und Programmen (31.5.-4.6.) Einführung ins Finanzmanagement von Entwicklungsprojekten (8.-11.6.) Im Herbst 2010 beginnt das 20-monatige Masterprogramm in Entwicklung und Zusammenarbeit, Studienzyklus 2010-12, das HochschulabsolventInnen aller Fachrichtungen offen steht. *Auskunft und Informationen: ETH Zürich, Nadel-Sekretariat Tel 044 632 42 40 oder www.nadel.ethz.ch*

Tiefe Einblicke einer Fotografin

(bf) Die Mexikanerin Graciela Iturbide ist zweifelsohne die wichtigste und einflussreichste zeitgenössische lateinamerikanische Fotografin. Die 67-Jährige erhielt 2008 den Hasselblad-Preis, eine der weltweit bedeutendsten Auszeichnungen für Fotografie, und ihre Bilder sind in internationalen Museums-sammlungen vertreten. Nun widmet sich eine Ausstellung im Fotomuseum Winterthur dem Gesamtwerk dieser aussergewöhnlichen Fotografin, deren erste wichtige Arbeit Anfang der 1980er Jahre entstand. Damals reiste sie mehrere Jahre immer wieder nach Juchitán, einem mythischen Ort im südlichen Staat Oaxaca, Heimat der Zapoteken. Seither gelingt es Graciela Iturbide in ihren Porträts und Landschaften immer wieder, die tief in den Mythen verankerte Welt der Indigenen aufscheinen zu lassen.



Corbis

Eines ihrer wichtigsten jüngsten Projekte war die Dokumentation des bisher verschlossenen Inneren im Haus der Malerin Frida Kahlo. *Graciela Iturbide im Fotomuseum Winterthur, 28.11.-15.2.2010*

Erbe aus der Fremde

(jls) Die zweite Schweizer Wissenschaftsmission in Angola der Jahre 1932 bis 1933 bescherte dem Neuenburger Ethnografischen Museum (MEN) einen Grossteil seiner afrikanischen Kollektion. Rund 3500 Objekte und 2500 Fotos wurden dabei zusammengetragen. Zurzeit bietet eine Ausstellung Zugang zum aussergewöhnlichen Fundus, der dem Publikum seit den 1940er Jahren nicht mehr gezeigt wurde. Im



Mittelpunkt steht der damalige MEN-Konservator und Expeditionsteilnehmer Théodore Delachaux. Einer der Ausstellungs-räume ist seinen Beweggründen und den Reisevorbereitungen gewidmet. Die in Angola aufgenommenen Bilder unterstreichen den Schock der Begegnung und die Zweideutigkeit solcher Missionen. Präsentiert wird ausserdem der Schluss der Mission – das Auspacken, Restaurieren und Ausstellen der Objekte. Das gegenwärtige MEN-Team hat, ohne die Vorgänger zu verurteilen, mit der Ausstellung eine kritische Schau der damals gängigen ethnografischen Praxis zusammengestellt.

«Retour d'Angola», Musée d'ethnographie de Neuchâtel, bis 31.12.2010

Das argentinische Vorspiel

Fast ein Jahrzehnt bevor die nordwestliche Welt von Finanz-krise zu reden begann und den Süden mit in den Schlamassel zog, machte Argentinien eine Pleite durch, die den Rest der Welt hätte warnen können. In seinem Film «Memoria del saqueo» beschreibt der Altmeister des lateinamerikanischen Kinos, Fernando Solanas, auf beeindruckende Art die katastrophalen Seiten der Globalisierung und des Ausverkaufs eines ganzen Landes. Er setzt bei den Volksaufständen in Argentinien an, um zurückzublenden auf die Geschichte, die das reiche Land ruiniert hat, und um aufzuzeigen, wie die Welt der Globalisierer funktioniert. Der Film ist auch ein Manifest für eine gerechtere und damit bessere Welt. Fernando Solanas: «Wie ist es gekommen, dass Argentinien, diese ‚Kornkammer der Welt‘, Hunger leiden muss? Dies ist mein Beitrag zur dringend notwendigen Debatte, die in Argentinien, in Lateinamerika und in der ganzen Welt in der Überzeugung geführt wird, dass eine andere Welt möglich ist.»

«Memoria del saqueo» von Fernando Solanas, DVD, edition trigon-film. Bestellungen und Information: 056 430 12 30 oder www.trigon-film.org

Der Imam und der Pastor

Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen sind in vielen afrikanischen Ländern an der Tagesordnung, oft enden sie gewalttätig, wie in Kaduna, im nördlichen Nigeria in den 1990er Jahren. Imam Muhammad Ashafa und Pastor James Movel Wuye gehörten zu zwei verfeindeten Milizen. Der Imam muss-

Filme

te die Ermordung seiner nahen Angehörigen durch christliche Milizen erleben. Der Pastor verlor eine Hand, als Muslime versuchten, ihn zu ermorden.

Wenig verwunderlich, dass sich die beiden Führungsleute ihrer jeweiligen Milizen als Feinde betrachteten. Wie es ihnen gelungen ist, Misstrauen, Hass, Ängste und innere Verletztheit, aber auch die Verschiedenheiten von kulturellen Werten und religiöser Prägung zu überwinden und zu gemeinsamen Positionen zu finden, davon erzählt der eindrucksvolle Film «Der Imam und der Pastor». Die einstigen Feinde leiten heute gemeinsam ein Mediationszentrum, dessen Dienste in der ganzen Region in Anspruch genommen werden. «Der Imam und der Pastor», Dokumentarfilm von Alan Channer, Nigeria/GB 2006.

Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, www.filmeinewelt.ch



Die Farbe der Hoffnung

(jls) Die Schweizer Sektion von Reporter ohne Grenzen widmet dem Lausanner Fotografen mit afghanischen Wurzeln Zalmaï Ahad eine Retrospektive. Das viersprachige Werk (Französisch, Deutsch, Italienisch, Englisch) lässt 20 Jahre der mit zahlreichen internationalen Preisen gekrönten Karriere Revue passieren. Zalmaï Ahad stellt dafür rund hundert in Afrika, Asien, Kuba und den USA aufgenommene Bilder zur Verfügung. Er, der mit 15 Jahren aus seiner Heimat fliehen musste, hat sich vor allem für Flüchtlinge aus Sudan, Kongo, Irak und Afghanistan interessiert und zahlreiche Reportagen zur Exilthematik realisiert. Er hat auch das Schicksal der zu Opfern der Entwaldung gewordenen zentralafrikanischen Pygmäen dokumentiert. Die Hälfte der Bilder ist Afghanistan gewidmet, wohin Zalmaï Ahad mehrmals zurückgekehrt ist. Eigentlich Anhänger der Schwarz-Weiss-Fotografie, entschied er sich nach dem Sturz der Taliban 2001 für Farbbilder – als Zeichen der aufkeimenden

Hoffnung in seiner Heimat.

Zalmaï Ahad: «Zalmaï für die Pressefreiheit», Editions Favre Lausanne, und Reporter ohne Grenzen Schweiz, 128 Seiten, 16 Franken

Kultur vom Besten

Das Büro für Kulturkooperation artlink ist die schweizerische Fachstelle für Kunst und Kultur aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Als Dokumentations- und Förderstelle arbeitet sie eng mit professionellen Kulturschaffenden aus diesen Regionen der Welt sowie mit Veranstaltern, Publizisten und anderen Kulturfachstellen in der Schweiz zusammen. Das Webportal artlink.ch bietet vielfältige Informationen über Anlässe, Publikationen, Kulturprojekte sowie Künstlerinnen und Künstler. Mit Beiträgen aus dem von der DEZA finanzierten SüdKulturFonds unterstützt artlink jährlich gegen hundert Veranstaltungen und Produktionen. Zudem fördert ein wachsendes Angebot von Kulturworkshops den interkulturellen Dialog. Seit 2008 betreut artlink auch den *Anderen Literaturklub*

und seine rund 900 Mitglieder in der Schweiz. [artlink](http://artlink.ch) ist aus der Fachstelle Kultur und Entwicklung hervorgegangen, welche 1984 von sechs Hilfswerken ins Leben gerufen worden war.

www.artlink.ch,
www.literaturklub.ch.

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen:
Vortragsservice EDA,
Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern;
Tel. 031 322 31 53 oder
031 322 35 80;
Fax 031 324 90 47/48;
E-Mail: info@eda.admin.ch

Verschiedenes

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vufray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Marc-André Bünzli,
Beat Felber, Thomas Jenatsch, Roland Leffler,
Sabina Mächler

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 52 000

Umschlag Arbeitslose in Buenos Aires, Argentinien; Dermot Tatlow/laif

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Wasser ist überlebenswichtig. Seine Bedeutung nimmt weltweit sowohl geopolitisch, wirtschaftlich als auch sozial zu. Ein Dossier über die grössten Herausforderungen, Schweizer Kompetenzen und wegweisende Projekte im Wassermanagement.

